

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

C D E

Wie die 4. Notverordnung wirkt

24 Prozent Lohnabbau bei den Berliner Gasarbeitern

Die Tolerierung beschlossen

Der Reichstag bleibt zu Hause

TU. Berlin, 16. Dezember.

Der Aeltestenrat des Reichstages hat, wie vorauszusehen war, in seiner Sitzung am Mittwoch mittag die von den Deutschnationalen und den Kommunisten eingebrachten Anträge auf Reichstageinberufung mit 321 gegen 256 Stimmen abgelehnt. Mit den Antragstellern traten für die Reichstageinberufung nur noch die Nationalsozialisten und die Deutsche Volkspartei ein, während alle übrigen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten die Anträge ablehnten.

Es wird aber voraussichtlich am 11. oder 12. Januar nächsten Jahres eine neue Sitzung des Aeltestenrates stattfinden.

*

Die Sozialdemokraten haben also entsprechend ihrem Fraktionsbeschluss mit ihren Stimmen den Ausschlag gegeben gegen die Einberufung des Reichstages, sie haben damit die Lohnsenkungs-Notverordnung, die der Reichstag aufheben konnte, in Kraft gesetzt. Im Januar ist der Lohnabbau schon vorgenommen und wenn dann der Aeltestenausschuss wieder zusammentritt, wird er wieder die Nichteinberufung des Reichstages beschließen.

Also doch!

Höltermann übernimmt die Führung des Reichsbanners

Der Bundesvorstand des Reichsbanners trat am Mittwoch in Magdeburg zusammen. Von Hörsing lag ein Schreiben vor, in dem es heißt: „Den Wünschen unserer Gauführer entsprechend und gemäß den Beschlüssen unserer letzten Bundesratstagung auf Einrichtung eines besonderen technisch-organisatorischen Führungskörpers, habe ich den Kameraden Höltermann mit der Durchführung dieser Aufgabe beauftragt. Im engsten Zusammenhange damit stehen Verhandlungen mit uns nahestehenden und befreundeten Parteien, Verbänden und Organisationen über die Verteilung der Aufgaben, die von der Front der demokratisch gesinnten Deutschen in den nächsten Wochen und Monaten um Deutschlands Zukunft willen gelöst werden müssen. Eine Aussprache zwischen Höltermann und mir über die Gesamtlage, die sich für die Führung des Bundes aus diesen Aufgaben ergibt, führte uns zu dem gemeinsamen Entschluß, dem Bundesvorstand vorzuschlagen,

die Geschäftsführung des Bundes insgesamt dem Kameraden Höltermann als geschäftsführenden Bundesvorsitzenden zu übertragen.

Ich werde als erster Bundesführer nach wie vor meine ganze Kraft in den Dienst des Bundes stellen.“ — Der Bundesvorstand beschloß einstimmig gemäß Hörsings Vorschlägen.

Man hat also eine hübsche Uebergangsform gefunden, um dem von Krankheitsanfällen geplagten Hörsing die Führung des Reichsbanners aus der Hand zu nehmen, allen Dementis zum Trotz.

37 Proz. Lohnsenkung in einem Jahr

Keine der anderen Notverordnungen hat sich so schnell und so schädlich gegen die Proletarier ausgewirkt wie die 4. Notverordnung.

Die Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke in Berlin will, wie uns von ganz zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, die Löhne für die Gas- und Wasserarbeiter unter Berufung auf Paragraph 7 Absatz 4 der 3. und unter Anwendung der 4. Notverordnung ab 1. Januar 1932 um 24 Prozent auf einmal senken.

Bereits zweimal sind im Jahre 1931 die Lohnsätze reduziert worden, einmal um 8 und ein andermal um 5 Prozent. Innerhalb Jahresfrist soll also für die Berliner Gas- und Wasserarbeiter ein Lohnabbau von insgesamt 37 Prozent verwirklicht werden.

Die Funktionäre der Arbeiterschaft bei den Gas- und Wasserwerken haben in einer stark besuchten Versammlung den neuerlichen Anschlag auf ihre Lebenshaltung abgelehnt.

Diesem wahnsinnigen Lohnabbau muß schleunigst Einhalt geboten werden. Proteste und Warnungen genügen nicht! Der Kampf gegen den Lohnabbau kann nicht einzeln in den Orten und Branchen, sondern nur einheitlich und geschlossen von den Gewerkschaften und Arbeiterparteien und sonstigen Arbeiterorganisationen geführt werden.

Fordert Waffenstillstand zwischen den proletarischen Parteien!

**Fordert Vorbereitung gemeinsamer Abwehrmaßnahmen!
Fordert die Aufgabe der Tolerierung Brüning's!**

Fordert Mitgliederversammlungen in allen Organisationen zur Diskussion und Organisation des Kampfes gegen die soziale Reaktion!

Notverordnung gegen die SAP

Der Breslauer Parteisekretär, der Lokalredakteur der SAZ und ein Abteilungsleiter unter Anklage

Die Regierung Brüning läßt ihre Maske fallen. Hat sich diese Regierung gegen die Arbeiter bisher nur gegen die Kommunisten gewandt, so beginnt man nun mit den schärfsten Methoden auch gegen die SAP vorzugehen. Man erkennt die revolutionäre Bedeutung der SAP, das ist es. Man hat ihre Berliner Mitgliederversammlung verboten. Und nun hat man auch in Breslau einen Vorstoß unternommen. Man hat ihre führenden Funktionäre, den Parteisekretär Genossen Rausch, den Lokalredakteur der „SAZ“, Genossen Pfaff, und den Abteilungsleiter, Genossen Kneiff, angeklagt, weil sie eine von der Partei veranstaltete „Proletarische Morgenfeier“ nicht vorschriftsmäßig anmeldeten! Die Genossen sollten in einem schnellrichtlichen Verfahren am Montag abgeurteilt werden. Sie waren jedoch vor Gericht nicht erschienen.

Die Staatsanwaltschaft hatte ihnen erst am Freitag und Sonnabend die Benachrichtigung zu dem festgesetzten Termin erteilt, während ihnen nach der Strafprozeßordnung eine Frist von einer Woche vom Tage der Ladung an zusteht, wie der Verteidiger Genosse Dr. Eckstein in seiner Begründung hervorhob. Die Vorladung war also nicht ordnungsgemäß erfolgt. Trotzdem erblickte der Staatsanwalt, dessen Rede ein sprechender Beweis für die Weite der Auslegungsmöglichkeiten der Notverordnungen war, in dem Fernbleiben der angeklagten Genossen eine

Sabotage der Notverordnung

und beantragte die Vorführung. Er blieb bei der Behauptung, die Angeklagten seien unent-

schildigt ferngeblieben. Das Gericht lehnte jedoch den Vorführungsbefehl ab und vertagte die Verhandlung. Wir werden über ihren weiteren Verlauf in der „SAZ“ berichten.

Fleischteuerung wird notverordnet

Die verschiedenartigen Projekte, die der neue preußische Finanzminister Otto Klepper vorbereitet, um mit neuen Steuern und neuen Sparmaßnahmen den Haushalt Preußens zu balancieren, haben keine gute Presse.

Zuerst waren wir in der Lage, das Vorhaben Kleppers auf Einführung einer Fleischsteuer und eines entsprechenden Einfuhrzolls auf Fleisch vorzeitig bekannt zu geben, danach wandten sich die Interessenten gegen diese Pläne und mobilisierten die ihnen nahestehenden parlamentarischen Gruppen. Als Klepper die Durchführung seines Vorhabens so durchkreuzt sah, äußerte er leichthin, wenn der Landtag seine Vorlage nicht schlucke, so werde er eben eine Margarinesteuer einführen.

Nun aber ist er auf eine andere Methode verfallen. Die Durchbringung seiner Fleischsteuer- und Zollvorlage im Landtag muß also aussichtslos aufgegeben werden. Minister Klepper aber weiß sich Rat. Wozu hat denn Preußen vom Reich das Notverordnungsrecht verliehen erhalten, wenn es in solchem Fall nicht angewandt werden soll? Also:

Die bevorstehende Notverordnung des

Mißlingen der Preissenkung

Bevor wir gegen Brüning's Lohnabbau-Notverordnung Stellung nehmen können, müssen wir erst abwarten, welche „Erfolge“ die angekündigte Preissenkungsaktion bringen wird. Mit diesem wunderschönen Argument hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihren neuesten Tolerierungsbeschluss begründet. Außer den Führern der Sozialdemokratie wird es in Deutschland nicht viel Menschen geben, die nach den vielfach angekündigten und immer ergebnislos gebliebenen „Preissenkungen“ aus dieser neuen Aktion etwas erwarten.

Schon jetzt hat sich herausgestellt, daß die mit so großem Pomp angekündigte neue Preissenkung nicht durchführbar ist oder sehr großen Widerständen begegnet, die Hugenbergs Parteifreund, der Preisabbau-Kommissar Goerdeler, nicht brechen kann, und da der Herr Goerdeler ein vorsichtiger Mann ist, hat er der Öffentlichkeit sofort nach seiner Ernennung mitgeteilt, daß er nicht Preissenkungs-, sondern nur Preisüberwachungskommissar ist.

In Berlin hat in der vorigen Woche die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels und die Schutzgemeinschaft der Großbetriebe zur Preissenkung Stellung genommen. Dabei sind zwar viele schöne Reden auch über die Preissenkung gehalten worden, aber von verschiedenen Seiten, insbesondere von dem Vertreter eines in Berlin weit verbreiteten Lebensmittel-Filial-Unternehmens wurde die Notwendigkeit weiterer Preissteigerungen begründet. Das aber war das Ergebnis dieser Zusammenkunft: Uebersetzung des Handels und die unangestastet gebliebenen tieferen wirtschaft-

Freistaats Preußen wird neben Verwaltungs-Sparmaßnahmen, wie die Zusammenlegung bestimmter Landkreise, Aufhebung von Regierungspräsidien, Abbau der pädagogischen Akademien, Herabsetzung der Pensionsgrenze etc. pp. auch die Einführung der Fleisch-Steuer und des Fleisch-Zolls dekretieren.

Landtag hat nichts zu sagen

Ueber die technische Behandlung der zu erwartenden preußischen Notverordnung, die eine Ausführungsverordnung zur Verordnung des Reichspräsidenten darstellt, wird ergänzend gemeldet, daß sie als organisatorische Maßnahme dem Staatsrat zugeleitet werden wird, nicht aber dem preußischen Landtag. Die Regierung stützt sich dabei auf die Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. August, die den Ländern die Ermächtigung gibt, zur Sicherung der Haushalte die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Auf Grund dieser Ermächtigung hat die Regierung, nicht der Landtag, die notwendigen Bestimmungen zu erlassen. Der Landtag kann also auch irgendwelche Abänderungen nicht vornehmen.

lichen Ursachen der viel zu hohen Preise werden die Preissenkung im Arbeiterhaushalt nicht wirksam werden lassen. Bei den öffentlichen Tarifen sieht es nicht anders aus: hier steht den Preissenkungen der Geldbedarf der notleidenden Gemeinden für ihre Wohlfahrtsaufgaben mit gleicher Kraft hemmend entgegen.

Die Frage der Zinssenkung und ihre Bedeutung für die gesamte Wirtschaft darf dabei nicht übersehen werden. Der gegenwärtige Diskont ist hundertprozentig politisch, nullprozentig wirtschaftlich zu rechtfertigen. Ganz abgesehen davon, daß über die Entwicklung der Bankzinsen und vor allem der Zinsspanne der Banken keine Klarheit geschaffen ist: die Zinskonvertierung bei den langfristigen Schulden stellt eine neuerliche Enteignung der Gläubiger, der kleinen Sparer vor allem; sie stärkt den Schuldner, der am meisten mit fremden Geldern zu arbeiten verstand, während er sein eigenes möglichst anderweitig sicherte; sie schwächt den verantwortungsbewußten Schuldner ebenso. Auf der anderen Seite finden wir noch dazu eine schon nicht mehr ungefährliche Ausweitung des Finanzwechsellaufs der Banken, worüber ja die Reichsbank angegliederte Garantie- und Akzeptbank mit ihrem Milliarden-Portefeuille ein Liedchen singen kann. So kann auch für das Gebiet der Zinssenkung nur das wiederholt werden: Ideen fehlen, organische Umgestaltung spürt man nicht; dafür den Druck der Not, den Wunsch zu bessern, zu helfen, und ... die Unzulänglichkeit der Führung. Man kann den Kapitalismus nicht dadurch retten, daß man ihn und da planwirtschaftlich-sozialistische Gedanken einflücht; ebensowenig aber kann man eine sozialistische Wirtschaft dadurch schaffen, daß man einige charakteristische Merkmale dem niedergehenden Kapitalismus einimpft und nun etwa auf die Entwicklung dieses Pfropfbaums wartet, das von selbst aufgehen werde. Am allerwenigsten vermag man die Wirtschaft anzukurbeln, indem man formell die Kaufkraft zu erhalten sucht (Konzession an die Kaufkraft-Theorie) und praktisch der Produktion Entlastung schafft, der eine entsprechende Kaufkraftsteigerung nicht gegenübersteht. Brüning's Plan ist ein Zwitter, das laut verkündete Ergebnis wird ausbleiben, und schon nach ganz kurzer Zeit werden diejenigen, die heute auf die Preissenkung hoffen, um eine Enttäuschung reicher sein.

Die Schilder kommen — aber was wird mit den Preisen?

Berlin, 15. Dezember.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichskommissar für Preisüberwachung wird nach Abschluß der in diesen Tagen durchgeführten Verhandlungen mit Vertretern der Bäcker-, Fleischer- und Friseurverbände in Kürze eine Verordnung über Preisschilder erlassen. Die Verhandlungen, die mit dem Fleischer- und Friseurgewerbe über die Preisgestaltung stattgefunden haben, stehen ebenfalls vor dem Abschluß. Gestern (Montag) hat der Reichskommissar mit den Deutschen Straßen- und Kleinbahnverwaltungen verhandelt und das Verfahren festgestellt, nach dem auf Grund der Bestimmungen der Notverordnung Tarifermäßigungen mit möglichster Beschleunigung in Kraft gesetzt werden können.

Nun kommt der Volksentscheid!

Sächsisches Volksbegehren erfolgreich
Beim gestern abgelaufenen sächsischen Volksbegehren betrug die Zahl der Stimmberechtigten 3011360. Die Beteiligung war prozentual am stärksten im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau. Der Wahlkreis Dresden-Bautzen beteiligte sich mit 17,73 Prozent, der Wahlkreis Leipzig mit 13,48 Prozent, der Wahlkreis Chemnitz-Zwickau mit 28,44 Prozent; die Beteiligung im Freistaat Sachsen belief sich insgesamt auf 20,48 Prozent, das sind 133558 Einzeichnungen. Um den nun folgenden Volksentscheid zum Erfolg zu führen, müßten sich rund 180000 Wahlberechtigte beteiligen. — Beim Volksbegehren hat der Wahlkreis Chemnitz-Zwickau allein mit 368758 Einträgen: von mehr als die in ganz Sachsen erforderlichen 351000 Stimmen aufgebracht. Der Wahlkreis Dresden-Bautzen brachte 237197 Einzeichnungen, der Wahlkreis Leipzig 127603.

Trotz Währungsverschlechterung . . .

London, 15. Dezember.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien belief sich am 8. Dezember auf 2627324, d. h. auf 5297 mehr als am Ende der vorhergehenden Woche.

Indien in Brandstimmung. In Bahrangpur in Bengalen wurde ein Bombenanschlag auf den englischen Bezirksamtman verübt. Um Mitternacht wurden zwei Bomben in den Garten des Beamten geworfen, von denen jedoch nur eine in die Luft flog. Schader wurde nicht angeordnet.

Das Orakeln über die Legalität der Nazis

Hitler kanzelt den Kanzler ab

„Der Führer“ der Nazipartei hat schon vor einer Woche versucht, dem Reichskanzler Brüning auf seine Radiorede vom 8. Dezember zu antworten. Da ihm mit Rücksicht auf den inzwischen ausgebrochenen Weihnachtsfrieden das Auftreten vor dem Mikrofon versagt wurde, benutzte Hitler also seinen eigenen Lautsprecher, den „Völkischen Beobachter“. Dem dort am Sonntag erschienenen Offenen Brief an Brüning, in dem „Der französische Militarismus zusammen mit dem russischen Bolschewismus“ als die größte Gefahr für den Frieden Europas bezeichnet wurde, hat Hitler jetzt in einer Sondernummer seines Blattes einen zweiten Offenen Brief lassen von bandwurmhafter Länge, auf dessen Schlußredaktion noch unwidersprochen gebliebenen Nachrichten zwei Haupter deutscher Industrie-Konzerne, die Herren Fritz Thyssen und Peter Klückner, zum heftigen Mißvergnügen der Satrapen Frick, Gregor Strasser und Goebbels erheblichen Einfluß genommen haben.

Hitler, dessen neueste Kundgebung wiederum ungewöhnlich geschickt stilisiert ist, wirft

Brüning vor, er verkenne den Geist der Verfassung von Weimar, die einer Regierung, von der sich das Volk entfernt habe, verbiete, noch weiter Regierung zu bleiben.

Hitler nennt die von ihm geschaffene Bewegung den einzigen nationalpolitischen Aktivposten und zweifelt die Richtigkeit der Taktik an, die seine Bewegung der Welt planmäßig als eine illegale und verderbliche Räuberbande vorstelle.

Schließlich bemerkt er nicht ganz mit Unrecht, daß der Terror auf der Straße viel unerträglicher geworden sei, seitdem der Reichskanzler den Not-Verordnungsweg zur Herstellung des inneren Friedens beschritten habe.

Daß seine eigenen Banden den Löwenanteil an diesem jetzt so heuchlerisch beklagten Ergebnis haben, sagt Hitler vorsichtigerweise nicht.

Hitler nimmt dann Bezug auf eine Stelle der Rede des Reichskanzlers, in der es heißt, der Kanzler lehne es als Staatsmann ab, daß die Nationalsozialisten legal zur Macht gekommen, die Legalität durchbrechen könnten. Wenn die deutsche Nation die nationalsozialistische Bewegung legitimiere, eine andere

Verfassung als die heutige niederzulegen und zum Gesetz unseres Lebens werden zu lassen, dann könne es der Reichskanzler nicht verhindern. Die nationalsozialistische Bewegung habe den Geist der heutigen Verfassung richtiger erfaßt, als daß derzeit herrschende System.

Diesen Passus nimmt der „Vorwärts“ (Spätausgabe) zum Anlaß, unter der Überschrift „Hitler sei illegal und seiner Argumentation entgegen zu halten:

„Der Aenderung von Verfassungsbestimmungen stehen die Vorschriften über die qualifizierte Mehrheit entgegen.“

Wenn Hitler aber für seine Pläne auf Aenderung der Verfassung die qualifizierte Mehrheit, möglicherweise unter Tolerierung durch die SPD, finden würde — was dann?

Dann wäre „der Führer“ legal geblieben und würde doch hoffentlich ebenso verdientermaßen den Beifall aller guten „Vorwärts“-Demokraten finden wie Herr Dr. Brüning mit seinen nichts weniger denn legalen Notverordnungen.

Der Schutzbündlerprozess in Bremen

Zusammenstoß mit der Verteidigung

Bremen, den 16. Dezember.

(Eigener Drahtbericht)

Bei der Vernehmung der angeklagten Nazis kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden und dem Verteidiger der Schutzbündler, Genossen Rosenfeld. Der Vorsitzende versuchte, den Nazis, wenn sie durch Fragen der Verteidigung in die Enge getrieben wurden, goldene Brücken zu bauen, indem er statt ihrer die Antworten erteilte. Erst nachdem er von dem Genossen Rosenfeld energisch darauf hingewiesen wurde, daß er die Antworten von den Angeklagten, aber nicht vom Vorsitzenden zu erhalten wünschte, bequeme er sich zu einer objektiven Verhandlungsführung.

Der SA-Mann Clausen stellte seine Aussage darauf ein, daß überhaupt keine Aktion der Nazis vorläge, daß sie mehr zufällig mit dem Reichsbanner und dem Schutzbund in Konflikt geraten seien. Erst auf die Vorhaltungen des Genossen Rosenfeld mußte er zugeben, daß die

Nazis die Reichsbannerleute verfolgt hatten.

An die Vernehmung des Nazis Klooster war interessant seine Bemerkung: „Mit 4 Mann fallen wir niemanden an.“ Es muß also offenbar eine sichere Mehrheit der Nazis vorhanden sein, wenn sie nicht davonlaufen sollen. Auch Klooster bestritt, daß der Überfall auf

Reichsbanner und Schutzbund geplant gewesen sei. Selbst er mußte aber immerhin zugeben, daß er sich nicht in Notwehr befunden habe, als er auf d.s. Reichsbanner einschlug.

Der SA-Mann Karl Böse behauptete gleichfalls, überfallen und geschlagen worden zu sein. Auf Befragen des Genossen Rosenfeld mußte er aber zugeben, sich im geschlossenen Zuge befunden und auf die auf der Flucht befindlichen Schutzbündler geschlagen zu haben, ohne angegriffen worden zu sein.

Der Naziangeklagte Wichelmann, der durch besonders dreistes Auftreten unangenehm auffiel, mußte auf Befragen des Genossen Rosenfeld zugeben, daß der Führer der SA, Clausen, schon bevor die Nazis nach der Novemberfeier den Saal verließen, bekanntgegeben habe, im Westen (von Bremen) sei dicke Luft.

Es sollte also ein reiner Zufall sein, daß gerade im Westen an jenem Abend unser Schutzbund gegründet wurde. Dieser Angeklagte sagte, daß Clausen 25 SA-Leute beordert hätte, den besonders ängstlichen Bolenz in seine Wohnung zu bringen. Es sollte angeblich reiner Zufall sein, daß diese Wohnung gegenüber dem Versammlungsraum des Schutzbundes lag.

Sogar der Vorsitzende mußte diesen Angeklagten verwarnen, nicht zu aggressiv gegen die Schutzbündler zu werden.

Der Naziangeklagte Bolenz muß erst durch den Genossen Rosenfeld darauf hingewiesen werden, daß er bei seiner polizeilichen Vernehmung die Erklärung abgegeben hatte, daß die Nazis angeblich jeder für sich hätten nach Hause gehen wollen und dann in aufgelöster Ordnung (also doch unter Führung) zum Versammlungslokal des Schutzbundes gelangt seien. Auch Bolenz

konnte nicht in Abrede stellen, daß er geschlagen hat, ohne angegriffen zu sein.

In gleicher Weise verliefen die weiteren Aussagen der anderen Naziangeklagten, bei deren Vernehmung es abermals zu wiederholten Auseinandersetzungen zwischen der Verteidigung und dem Vorsitzenden kam.

Der Naziangekl. Bruns ging so weit, das sozialdemokratische Bürgerschaftsmitglied Franz Starker zu verdächtigen, einen Naziemann erstochen zu haben.

Wie sehr die Nazis mit der Wahrheit zurückhalten, geht daraus hervor, daß Führer der Nazis auf Fragen des Genossen Rosenfeld nicht antworteten und es ablehnten, die Zahl der beteiligten SA-Leute anzugeben.

Ganz im Gegensatz zum offenen Bekenntnis unserer Genossen vom Schutzbund, die schon in der ersten Verhandlung ohne weiteres offen ihre Mitgliederzahl angaben.

Reparations-Wirrwarr

Washington — Base' — Berlin / Täuschung und Enttäuschung

+ Berlin, 16. Dezember.

Die am 15. fälligen Raten der alliierten Schulden an Amerika sind nicht gezahlt worden, obwohl der Bundeskongreß das Hoovermoratorium noch nicht ratifiziert hat und heroische Redeschlachten, vor allem im Repräsentantenhaus, gegen den derzeitigen Präsidenten geliefert werden. Dabei besteht kaum ein Zweifel, daß die Ratifikation stattfinden wird, doch das Getöse ist notwendig im Hinblick auf die künftigen Wahlen. Zur Freude der nationalen Herzen in Deutschland bekommt Frankreich in diesen Kämpfen der Wahlvorbereitung manches Unangenehme zu hören. Auch die amerikanische Presse schlägt Lärm, aber kein einziger Einsichtiger wird sich über Gründe und Hintergründe täuschen, wird sich verleiten lassen, Us-Amerika als den geborenen Bundesgenossen des reparationsbekämpfenden Deutschland anzusehen, was die deutsche Presse von rechts bis links ihren Lesern vorzumachen sich bemüht.

Auch in Basel dürfte die vorbereitende Aktion für die Regierungskonferenz bald beendet sein. Die deutschen Vertreter haben ihre Exposees über Deutschlands Zahlungsunfähigkeit dargelegt, haben, wie das zu erwarten war, alle Schuld für die Krise auf die Reparationsverpflichtung geschoben und haben, wie das ebenfalls zu erwarten war, von den verschiedensten Seiten Unterstützung erhalten. Der Kampf geht ja, wie bekannt ist, um die Frage, ob die „politischen“ Schulden wichtiger oder ebenso wichtig sind wie die geschäftlichen, oder ob man sie grundsätzlich für eine überholte Angelegenheit hält.

Die Situation kompliziert sich dadurch, daß die Reparationsleistung in einen geschützten und einen ungeschützten Teil auf-

gespalten ist. Der geschützte Teil ist nichts anderes als die Zahlung an Us-Amerika auf dem Weg über die einzelnen reparationsempfangenden Staaten. Hier ist England am meisten interessiert, und hier gibt es wieder einmal eine Front der Schuldnerstaaten gegen den Gläubigerstaat Us-Amerika. Sie treten ein für Streichung interallierter Schulden, womit, auch dem Youngplan entsprechend, die Reparationslast Deutschlands um den entsprechenden Betrag — es ist der größere Teil der Reparationsleistung — gesenkt wird.

An dem ungeschützten Teil der Reparationen sind im wesentlichen Frankreich und Belgien interessiert. Infolgedessen richtet man deutscherseits den Hauptstoß nach dieser Richtung, sucht, wie das schon öfter dargetan worden ist, die privaten Gläubiger gegen den Reparationsgläubiger Frankreich auszuspielen. Und da hier die deutsche Parole sich zum Teil mit den Interessen der Gläubiger Deutschlands deckt, finden sie Unterstützung bei den Delegierten der verschiedenen Gläubigerländer. Wer aber aus dieser Differenz zwischen Frankreich und der Ausschlußmehrheit auf die völlige Isolierung Frankreichs schließt, wie das der größte Teil der deutschen Presse in Schlagzeilen tut, wird, das kann man schon jetzt prophezeien, eine schwere Enttäuschung erleben.

Der Reichskanzler Brüning hat mit einer neuesten Notverordnung gleichzeitig einen außenpolitischen Schlag zu führen versucht. Gegen das deutsche arbeitende Volk steht ihm die Diktatur des Artikels 48 zur Verfügung. Das Ausland wird sehr kalblütig die Zahlungsmöglichkeit und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands untersuchen, wird sich der War-

Das spanische Koalitionskabinett

Madrid, 16. Dezember.

Ministerpräsident Azana hat gestern abend sein Kabinett gebildet. Der Präsident der Republik hat die ihm vorgelegte Ministerliste gebilligt. Heute nachmittag wird Ministerpräsident Azana dem Präsidenten der Republik seine Mitarbeiter vorstellen und am morgigen Donnerstag mit ihnen vor die Kammer treten. Die Liste ist folgende:

Ministerpräsident und Kriegsminister: Azana (republikanische Aktion);

Außenminister: Zulueta (unabhängiger Republikaner, Professor und Schriftsteller; er war ursprünglich für den Botschafterposten in Rom ausersuchen);

Justizminister: Alborno (Radikal-Sozialist);

Marineminister: Giralt (republikanische Aktion);

Innenminister: Casares Quiroga (Agrarpartei der autonomen Provinz Galicien);

Finanzminister: Carner (katalanische Linke);

Öffentliche Arbeiten: Prieto (Sozialist);

Öffentlicher Unterricht: de Los Rios (Sozialist);

Arbeitsminister: Caballero (Sozialist);

nungen vor Deutschlands Verschwendungssucht durch den Reparationsagenten erinnern und wird sich hüten, mit diesem Deutschland gemeinsame Sache gegen Frankreich zu machen. Wer ein bißchen Ahnung hat von der Kräfteverteilung in der Welt, wird sich nicht mitschuldig machen, eine Parole nachzubeten, die nur zu außenpolitischen Konflikten führt, und schließlich dem Hitlergesindel und seinen Hintermännern von der Schwerindustrie Auftrieb verschafft.

Warum so schüchtern?

Die Angelegenheit Schultheiß-Patzenhofer? — Kommen die Generaldirektoren auf die Anklagebank — Sollen die schuldigen Bankdirektoren geschont werden?

In großer Aufmachung wird offiziell bekanntgegeben, daß die Staatsanwaltschaft gegen die Mitglieder des ehemaligen Generaldirektoriums von Schultheiß-Patzenhofer, gegen Katzenellenbogen, Penzlin, Kommerzienrat Dr. Walter Sobernheim, Kuhlmay und Funke die Anklage wegen Bilanzverschleierung, Untreue und Herausgabe eines falschen Aktienprospekts erhoben habe. Hinzugefügt wird, daß trotz des ungewöhnlich schwierigen und umfangreichen Sachverhalts die strafprozessuale Behandlung nur sieben Wochen in Anspruch genommen habe.

Wenn man dies als Laie so liest, dann könnte man des Glaubens werden, daß die Staatsanwaltschaft hier einmal ganze Arbeit geleistet habe und daß sich nun alles, alles wenden werde. Daß mit der gleichen Unerbittlichkeit, mit der gegen den kleinen, armseligen Sünder, der in seiner Not sich etwas zuschulden kommen läßt und deshalb, ohne Berücksichtigung der Motive, die ganze Schwere des weltfremden Gesetzes über sich ergehen lassen muß, nun auch gegen die „Großen“ vorgegangen wird. Gewiß die neue Fassung der in Betracht kommenden §§ 312 und 314 des HGB, auf Grund derer die Schultheiß-Patzenhofer Generaldirektoren angeschuldigt sind, sieht — in besonders schweren Fällen — Zuchthausstrafen bis zu 5 Jahren mit entsprechendem Ehrverlust vor. Aber noch ist es nicht soweit. Die Anklage der Staatsanwaltschaft ist zunächst eine sehr platonische Angelegenheit.

Zur Eröffnung des Hauptverfahrens bedarf es erst eines Beschlusses des Großen Schöffengerichts bzw. der Strafkammer.

Diese Instanzen sind aber absolut souverän in dem, was sie für richtig halten. Insbesondere kommt dabei der § 206 d. r. S. 1' prozessordnung in Betracht, der ausdrücklich festlegt, daß das über die Eröffnung des Hauptverfahrens beschließende Gericht nicht an die Anträge der Staatsanwaltschaft gebunden ist!

Inzwischen aber werden wohl die Koryphäen des „Deutschen Rechts“ wie Alsborg (der bei solchen Dingen nicht fehlen darf) sich in Bewegung setzen und für teures Honorar — es wird sich um Beträge handeln, die in die Hunderttausende gehen, die die Generaldirektoren ihren „Rechtsvertretern“ bezahlen werden müssen — alles tun, —as nötig ist, um die „Unschuld“ ihrer armen Mandanten nachzuweisen. Hoffentlich — darf man wirklich hoffen? — haben sie dabei Pech. Hoffentlich gelingt es ihnen nicht, zu verhindern, daß auch nur einer aus dem erlauchten Fünfmännerkollegium daran gehemmt wird, den Unterschied zwischen dem gepolsterten Direktionsessel und der harten (auch für Generaldirektoren ungepolsterten) Anklagebank in natura festzustellen. Es sind ja immerhin einige Millionchen, die von diesen erlauchten „Wirtschaftsführern“ verlutet und verschoben worden sind, auf Kosten der kleinen Aktionäre, die glaubten, bei einer solchen Gesellschaft ihre Gelder gesichert und zu guten Zinsen angelegt zu haben. Bedauerlich ist aber, daß außer Katzenellenbogen, der auch nicht viel schuldiger als seine Kollegen sein dürfte,

niemand aus diesem Kollegium das Innere von Moabit bislang kennengelernt hat, daß vielmehr alle vier, nach wie vor herrlich und in Freuden sich ihres millionenschweren Laseins erfreuen dürfen. Wenn es der Staatsanwaltschaft Ernst mit ihrer Anklage ist, dann müßte sie doch, nach allgemeinem Brauch, auch diese vier Angeklagten in Mosbiter Pension nehmen; denn, wie schon erwähnt, steht ihnen ja nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Zuchthausstrafe in Aussicht — Grund genug, sich ihrer zu versichern. Aber vielleicht hat die Staatsanwaltschaft doch etwas Angst vor der eigenen Courage? Sie kann uns ja eines anderen belehren!

Das gilt insbesondere für die Bescheidenheit der Staatsanwaltschaft, die sich damit be-

gnügt hat, nur in den Generaldirektoren die wirklich Schuldigen an den Betrügereien zu erblicken. Nichts liest man von einer Anklageerhebung gegen die Mitglieder des noch viel erlauchteren

Aufsichtsrats.

Sollen diese Herren gänzlich unschuldig sein? Hat die Staatsanwaltschaft die Rolle des Aufsichtsratsvorsitzenden, des Herrn Generalkonsul Eugen Landau, geprüft, des Stiefvaters des Herrn Sobernheim? Hat sie festgestellt, ob nicht an diesen ganz erhebliche Provisionen für die ganzen, von ihm entrierten Transaktionen bezahlt wurden? Ist die Rolle des mit den Nazis frühstückenden Herrn von Stauß von der Dedi-Bank so rein von Fehl und Tadel, daß die Staatsanwaltschaft keine Veranlassung gehabt hat, auch gegen ihn Anklage zu erheben? Besteht die bekannte Aktennotiz nicht mehr, in der von Stauß selbst seine Kenntnis von den Schiebungen festgelegt

hat? Und wie ist es mit dem „nationalen“ Bankdirektor und Aufsichtsratsmitglied Reinhardt von der Commerzbank? Auch er wird keines Wortes in der Liste der Angeschuldigten gewürdigt. Wie ist es mit Jakob Goldschmidt von der Danatbank, der feste mitgemittelt hat, und was ist mit dem superklugen Dr. Curt Sobernheim von der Commerzbank, der sich zwar nach außen hin zurückgehalten hat, aber bei seiner Verwandtschaft mit seinem beschuldigten Bruder Walter und seinem Stiefvater Landau in alle Dinge eingeweiht gewesen sein dürfte?

Uns scheint die Staatsanwaltschaft bei der Stellung ihrer Anträge sehr, sehr schüchtern gewesen zu sein.

Aber vielleicht soll erst ein Anfang gemacht werden? Das ist aber kaum anzunehmen, denn wenn schon die Fälschung des Aktienprospekts unter Anklage gestellt wird, dann hätten doch

auch die völlig Mitverantwortlichen, die Banken, die die Emission der falsch propagierten Schultheiß-Patzenhofer-Aktien vornahmen und dafür schwere Provisionen erhielten, nicht nur zivilrechtlich, sondern auch strafrechtlich verantwortlich gemacht werden müssen, um so mehr, als nach den seitherigen Mitteilungen sowohl von Stauß als auch Reinhardt von den unrichtigen Angaben des Prospekts unterrichtet waren.

Wir fragen uns, warum vor diesen

„Bankfürsten“ haltgemacht werden soll. Ist deren Unschuld schon jetzt erwiesen, oder wagt man sich nicht an solche ganz große Herren heran? Soll, wenn überhaupt, nur an den etwas Kleineren ein Exempel statuiert werden, oder fürchtet die Staatsanwaltschaft, daß durch ein Vorgehen gegen Stauß und Genossen die Währung erschüttert werden könnte? Vielleicht schafft eine neue Notverordnung auch hierüber Neues. Karl Bauer.

Maulhalten! Stillhalten!

Unterdrückte Erwerbslosen-Demonstrationen / Der Weihnachtsfrieden mit Gummiknüppel gesichert / Aber der Vulkan brodeln weiter

In zahlreichen Städten haben im Laufe des Dienstag Erwerbslose gegen die Notverordnung zu demonstrieren versucht. Wir registrieren darüber eine Reihe von bürgerlichen Korrespondenzmeldungen. Die Polizeiangaben sorgten überall für prompte Zerstreuung und die Aufrechterhaltung des amtlich dekretierten „Weihnachtsfriedens“. Noch hält der kapitalistische Staat seine Macht durch Gummiknüppel, Bajonett und Maschinengewehr. Wie lange noch?

Halle

TU. Halle, 15. Dezember.

In den späten Nachmittagsstunden kam es in verschiedenen Stadtteilen Halles zu Zusammenrottungen von Erwerbslosen. Jedesmal, wenn die Polizei erschien, zerstreute sich die Menge, um gleich darauf an einer anderen Stelle wieder aufzutreten. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Gegen 21 Uhr gelang es, die Straße endgültig zu säubern. In Delitzsch versuchten am Dienstagabend mehrere hundert Erwerbslose, das Rathaus zu stürmen, in dem gerade die Stadtverordneten tagten. Als die Polizei die Menge aus dem Rathaus holen wollte, wurde sie auf der Straße mit Bröten beworfen. Darauf machten die Beamten von ihrem Gummiknüppel Gebrauch und trieben die Menge auseinander.

In Merseburg kam es schon am Vormittag und besonders in den Mittagsstunden zu Erwerbslosenansammlungen. Es wurden sieben Verhaftungen vorgenommen.

Auch in Bitterfeld versuchten Erwerbslosen einen Demonstrationenzug zu bilden, wurden aber von der Polizei auseinandergetrieben.

Leipzig

TU. Leipzig, 15. Dezember.

In Leipzig wurde am Dienstagabend der Versuch von Demonstrationen gemacht. Zu größeren Ausschreitungen ist es jedoch nicht gekommen. Im ganzen wurden 16 Personen festgenommen. In Lindenau war ein Polizist von mehreren jungen Leuten umringt

worden. Dabei wurde ihm die Pistole und das Seitengewehr entzogen. Das Ueberfallkommando nahm die an dem Ueberfall auf den Beamten beteiligten Leute fest.

Hamburg

TU. Hamburg, 15. Dezember.

Anläßlich des Erwerbslosentages hatte die Polizei schon am Mittag größere Posten aufgestellt. Ansammlungen wurden von der Polizei, die mit Schnellwagen, Motorrädern und Fahrrädern überraschend schnell auftauchte, teilweise mit dem Gummiknüppel auseinander getrieben. Gegen 19 Uhr drohte die Lage an der Reperbahn etwas ernster zu werden, jedoch beruhigte eine durchgreifende Polizeiaktion auch hier bald die Menge. In Lohbrügge und Bergedorf wurden Demonstrationen im Keime erstickt.

Duisburg

WTB Duisburg, 16. Dezember.

Im Verlaufe des sogenannten Reichserwerbslosentages wurde gestern abend an verschiedenen Stellen der Stadt versucht, Demonstrationen zu bilden, die jedoch von der Polizei aufgelöst wurden. Etwa 40 Personen sind festgenommen worden.

Dinslaken

Dinslaken, 15. Dezember.

In den heutigen Abendstunden sammelten sich in der Innenstadt zahlreiche Trupps Erwerbsloser, die unter „Hunger“-Rufen einen Demonstrationenzug zu bilden versuchten. Die Menge, die aus der Kolonie Stolberg starken Zuzug erhielt, wuchs schließlich so stark an, daß die Polizei aus Sterkrade Verstärkung hinzuzog. Die Straßen wurden sodann mit dem Gummiknüppel gesäubert und einige Personen zwangsgestellt. — Auch in der Bergarbeiterkolonie Wehofen sowie im Hamborner Stadtteil Marxloh kam es zu Zusammenrottungen. Die Polizei stellte aber überall die Ruhe und Ordnung bald wieder her.

Gießen

WTB Gießen, 15. Dezember.

Heute nachmittag veranstalteten hier Erwerbslose einen Demonstrationsumzug, an dessen Spitze ein kommunistischer Landtagsabgeordneter marschierte. Weitere Gruppen von Erwerbslosen hatten am Stadthaus Aufstellung genommen, wo der Stadtrat über Winterbeihilfen beraten sollte. Die Polizei sah sich genötigt, die einzelnen Gruppen, sowie den Demonstrationenzug mit Hilfe des Gummiknüppels aufzulösen. Die Hauptstraßen mußten für einige Zeit polizeilich gesperrt werden. Drei Demonstranten wurden festgenommen, nach Feststellung ihrer Personalien jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt.

Sie sollen still sein!

WTB. Nowawes, 15. Dezember.

Am Dienstag vormittag drangen Erwerbslose in das Rathaus ein, um dem Bürgermeister ihre Wünsche auf besondere Beihilfen vorzutragen. Drei Erwerbslose wurden beim ersten Bürgermeister Rosenthal vorgelassen. Beim Verlassen des Rathauses wurden die Erwerbslosen so laut, daß die Polizeiwache alarmiert werden mußte.

Ostseebad Cranz verwüstet

Eine halbe Million Schaden.

Königsberg, 16. Dezember.

Der Orkan, der in der Nacht zum Mittwoch über Ostpreußen hinbraute, hat an der Küste schwere Verwüstungen verursacht. Ganz besonders schwer ist das Ostseebad Cranz betroffen worden. Dort schätzt man den in dieser Nacht entstandenen Schaden auf eine halbe Million. Die Uferpromenade und das Strandbad sind von den Wellen zerstört worden. Die stürmische See ist weit ins Land gedrungen. Die Chausseen sind mit gefällten Bäumen übersät. In den Häusern sind fast sämtliche Fenster zersplittert. Seit 1913 ist Cranz von einem solchen Sturm nicht heimgesucht worden. Die Villenkolonie Westende ist fast völlig abgedeckt worden. In Neukuhren, dem großen ostpreußischen Fischereihafen, sind mehrere Fischerkutter vernichtet.

Brandkatastrophe in Polen

52 Gebäude eingäschert

Lemberg, 16. Dezember

In Sucodole brach gestern ein Feuer aus, dem 52 Gebäude zum Opfer fielen. Viel lebendes und totes Inventar sowie die gesamte Ernte wurden vernichtet. 200 Familien sind obdachlos geworden.

Schwere Schneestürme in Schweden

Stockholm, 15. Dezember.

In ganz Schweden wüteten heute schwere Schneestürme, die großen Schaden angerichtet haben. Telefon, Telegraphen- und elektrische Leitungen sind vielfach gestört worden. Die Telegraphenverbindung mit Deutschland und Finnland wurde gänzlich unterbrochen. In Wisby auf Gotland wurde heute abend eine Windstärke von 35 Sekundenmetern gemeldet.

Zum Sowjet-Regierungsbau



Deutsche Architekten als Gutachter

Die Architekten Erich Mendelsohn, Prof. Walter Gropius und Prof. Hans Poelzig sind von der Sowjetregierung beauftragt worden, als Gutachter für die Entwürfe zu dem neuen Regierungsgebäude der Sowjets in Moskau zu wirken. Dieser Palast soll an der Stelle errichtet werden, wo vor kurzem die „Erlöser-kathedrale“ in die Luft gesprengt wurde.

Kumpels als Opfer

Im Untertagebetrieb einer Schachtanlage in Herne ging ein Stapel, in dem Reparaturarbeiten ausgeführt wurden, zu Bruch. Ein Rutschenmeister wurde durch einen großen Steinblock so schwer verletzt, daß er nach seiner Ueberführung ins „Bergmannsheil“ starb. Ein Hauer zog sich eine Armverletzung zu. Es wurde eine Blutvergiftung festgestellt, die die Amputation des Armes notwendig machte.

Explosion auf der Ilseder Hütte

Groß-Ilsede, 16. Dezember.

Auf der Ilseder Hütte explodierten gestern abend am Kamin eines Winderhitzers unverbrannte Gase. Dabei ist der Apparatewärter Breymann durch herabfallende Steinmassen getötet worden. Der obere Teil des Kamins wurde zerstört.

Die Tarifsenkung der Reichsbahn

Am 16. Dezember werden die Ermäßigungen des Regeltarifs einschließlich des Expresstarif und der meisten Ausnahmetarife gemäß der Notverordnung durchgeführt werden.

So erfreulich diese Senkung als Kostenentlastung der Wirtschaft ist, so unerfreulich ist es, daß es sich hierbei um keine echte Senkung handelt, sondern um

eine Senkung, die bei den Personalkosten der Reichsbahn selbst wieder eingespart

und durch Steuererlasse zugunsten der Reichsbahn ausgeglichen werden soll.

Die Kaufkraftverminderung wirkt auf diese Weise der Kostensenkung entgegen. Der Schrumpfungprozeß der deutschen Wirtschaft wird, wie dieses Musterbeispiel der wirtschaftspolitischen Leitlinie der Notverordnung zeigt, nicht gehemmt, sondern eher verstärkt.

Die Zollmauer

Einfuhrbeschränkung für Butter und Holz
München, 15. Dezember.

Gegenüber einer Abordnung des Bayerischen Christlichen Bauernvereins hat Reichsernährungsminister Schiele in Aussicht gestellt, daß nunmehr auch durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, um dem vernichtenden Auslands-Wettbewerb bei Butter und Holz entgegenzutreten. Die zu treffenden Maßnahmen werden, wie die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ hört, sich an Vorbilder anpassen, die Frankreich, Dänemark und in neuester Zeit auch die Schweiz mit ihren Schutzmaßnahmen für die heimische Erzeugung gegeben haben. Es ist wahrscheinlich eine Beschränkung der Einfuhr zu erwarten. Für die bayerischen Gerstebauern wird eine Hilfe dadurch geschaffen, daß ausländische Futtergerste nur der erwerben darf, der gleichzeitig inländische Gerste kauft. Außerdem steht eine Frachtermäßigung für die Beförderung bayerischer Gerste nach dem Norden in Aussicht, die etwa 50 Pfennig je Zentner betragen soll.

So sorgt die Regierung für den Preisabbau!

Die deutschen Auslandsschulden

11,4 Milliarden langfristige — 12 Milliarden kurzfristige.

Der statistische Unterausschuß des beratenden Sonderausschusses hielt am Mittwochabend eine mehrstündige Sitzung ab, um das aus den Mittwoch-Beratungen ihm überwiesene Zahlenmaterial zu überprüfen und soweit wie möglich zu klären.

Die am Mittwoch von Dr. Melchior bekanntgegebenen vier Arten deutscher Verschuldung setzen sich wie folgt zusammen:

1. Im Ausland aufgelegte langfristige Anleihen 8,6 Milliarden Mark, die für 1932 an Verzinsung und Amortisation erfordern 818,2 Millionen Mark.

2. Nichtöffentliche im Ausland aufgelegte Anleihen, Hypotheken von Ausländern und Deutschen gewährte langfristige Anleihen 2,4 Milliarden Mark, Zinsen 170 Millionen Mark.

3. An Deutschland und an Ausländer ausgegebene Obligationen 0,4 Milliarden Mark, Zinsen 32 Millionen Mark.

Zusammen ergibt sich ein Kapitalbetrag von 11,4 Milliarden Mark und für Verzinsung und Tilgung 1020,2 Millionen Mark.

4. Außer diesen 11,4 Milliarden langfristiger Schulden bestehen noch 12 Milliarden kurzfristige Schulden, und zwar Bankschulden, industrielle, landwirtschaftliche, Handels- und Privatschulden. Diese erfordern für Verzinsung 709 bis 825 Millionen Mark.

Das kleinere Zins-Uebel

Berlin, 15. Dezember.

1. Gebundene Preise müssen gesenkt werden.
2. Andere Preise sollen gesenkt werden.
3. Bankzinsen werden vielleicht gesenkt.

Ueber Punkt 3 verhandelt heute der Zentralverband des Banken- und Bankiergewerbes. Was dabei an Verringerung der Zinsspanne herauskommt, bleibt abzuwarten. Der „Vorwärts“ dürfte die Senkung der Zinssätze als kleineres Uebel gegenüber den jetzigen bezeichnen und über das größere der Spanne schweigend hinweggehen. Lesen wir doch im „Vorwärts“ vom 15. 12., wie sehr sich die SPD darüber freut, daß eine kleine Lücke im Aktienrecht ausgefüllt wurde, und daß sie nur konstatiert, nicht aber kritisiert: das Bestehenbleiben der größeren Lücken.

Auch Tarnows Kapital-Medizin klingt schon wieder durch: die Therapie sei nicht die richtige gewesen: „das Fortbestehen der alten Krankheit häuft die Wirkung der Krankheitsherde“. Wir diagnostizieren: Arteriosklerose sozialdemokratica . . .

Flucht auf Parteibefehl

Der große Prozeß — Die Nazis weiter schwer belastet

Der Nazimord in der Hufelandstraße.

Die starke Erregung, die über gewisse Verhandlungspraktiken im Prozeß über den Nazimord in der Hufelandstraße zeit über den Gerichtssaal hinaus Platz gegriffen hat und die namentlich der entschiedenen Haltung der proletarischen Presse zu verdanken ist, hat dazu geführt, daß nunmehr zumindest das äußere Gesicht gewahrt wird und der Angeklagte Hanschke seine Hinfertigkeit in „Zivilkleidung“ eintauschen mußte. Die Nebenklage und die Staatsanwaltschaft haben einen neuen Beweisantrag eingebracht. Es sollen eine Anzahl SA-Führer vernommen werden, denen gegenüber Hanschke und Kollatz die Tat eingestanden haben sollen, außerdem soll eine Bekannte der Angeklagten, Erica Wirt, darüber vernommen werden, daß ein Plan zum Überfall des Schneiderschen Ladens schon vorher gefaßt worden war.

In der Mittwoch-Verhandlung berichtet Kriminalkommissar Herbst über die Aussage des Kollatz. Herbst hält die heutige Darstellung des Kollatz für falsch und nur dazu bestimmt, Verwirrung in die Sache zu bringen. Herbst sagt positiv, daß Kollatz seine Flucht

mit einem Parteibefehl der SA-Führung begründet habe. Sehr belastend für Becker ist die Aussage des Sachverständigen Dr. Fiedold, der aus den Pulverkörperchen in der Kleidung des Schneiders auf einen Nachschuß aus 1 m Entfernung schließt, wofür nur Beckers Schuß in Frage kommt. Den ganzen übrigen Verhandlungstag werden zahlreiche Zeugen des Reichsbanners und der Nazis über die Schlägerei vernommen, die natürlich stark abweichende Schilderungen geben. Wichtig ist noch die Aussage eines partellosen Arbeiters Hübner, der bekundet, daß zur Zeit des Beckerschen Schusses die allgemeine Schlägerei schon zu Ende war, und die Aussage der Gastwirtin Kirschke, die bestreitet, daß irgendein Angriff auf das Lokal ausgeführt wurde und sie die Schließung des Lokals aus freien Stücken und nicht infolge von Reichsbannerdrohungen vorgenommen habe. Der Zeuge Pasewalk, einer der Schneiderschen Gäste, sagt aus, daß er nach Verlassen des Schneiderschen Ladens auf dem Nachhausegan, grundlos von Nazis angefallen und mit dem Rufe „Das ist ja der Richtige“, am Kopfe verletzt wurde.

Warnungen und Proteste der Gewerkschaften

Aber der Lohnabbau geht weiter

Zum Besuch der Gewerkschaften beim Reichskanzler

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund teilt mit: „Die Besprechung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände und Beamtenbünde, die am 14. Dezember 1931 beim Reichskanzler stattfand, galt den verhängnisvollen Auswirkungen der Notverordnung auf die Lage der Arbeitnehmerschaft und der Beamten. Die Gewerkschaftsvertreter führten insbesondere aus, daß die Notverordnung die Arbeitnehmer und Beamten vor allem deshalb schwer belastet, weil die Preissenkung der Lohn- und Gehalts-senkung nicht vorangehe. Sie verwahrten sich ferner gegen die durch die Notverordnung festgelegte Sonderbehandlung der Bergarbeiter und der Gemeinde- und Staatsarbeiter, durch die der Lohn dieser Arbeitergruppen zum Teil erheblich unter den Stand vom 10. Januar 1927 herabsinke. Der Reichskanzler erklärte, die Notverordnung sei ein einheitliches Ganzes.“

Ein Ergebnis haben diese Verhandlungen also nicht gehabt.

Der ADGB zur Notverordnung

Der Ausschuß des ADGB trat am 15. Dezember in Berlin zusammen und faßte folgende Entschlieung zur Notverordnung:

50 Milliarden Gewinn der Hausbesitzer

Der Klasseninhalt der Notverordnung

Berlin, 16. Dezember.

Der Reichsbund Deutscher Mieter hat der Reichsregierung eine Entschlieung übermittelt, in der es u. a. heißt:

Ein Sturm der Entrüstung geht durch die Reihen der Mieterschaft infolge der Bestimmungen der Notverordnung über den völligen Abbau der Hauszinssteuer zum alleinigen Nutzen des Hausbesitzes. Praktisch wird dem Hausbesitz mit dieser Regelung ein Kapitalgewinn in Höhe von 40 bis 50 Milliarden Mark zugeführt, der aus der Enteignung der Hypothekengläubiger stammt. Hiergegen wird die im Reichsbund Deutscher Mieter organisierte Mieterschaft mit aller Entschiedenheit ankämpfen, weil die Vorteile aus der Entschuldung des Hausbesitzes der Allgemein-

heit gebühren und von dieser zugunsten der Wohnungswirtschaft (Neubautätigkeit, Mietsenkung, Sanierung schlechter Wohnviertel usw.) verwendet werden müssen, nicht aber den einzelnen Hausbesitzern in Gestalt riesiger Deflationsgewinne zufließen dürfen. Dieses Milliarden Geschenk an den durch die Zinssenkung schon reichlich genug bedachten Hausbesitz kann und darf nicht zur Tatsache werden!

In den Ausführungsbestimmungen zur Vierten Notverordnung muß in erster Linie das außerordentliche Kündigungsrecht des Mieters gegenüber den bereits erfolgten Angriffen des Hausbesitzes gesichert werden, ebenso das Kontrollrecht der Neubaumieter hinsichtlich der Durchführung der verordneten Mietsenkung.

Der Bankenkrach in USA

London, 16. Dezember.

Am Dienstag haben zehn weitere amerikanische Banken ihre Schalter geschlossen. Durch die Zahlungseinstellung der Federal National Bank in Boston, die auf außergewöhnlich starke Abzüge in den letzten Tagen zurückzuführen ist, sind neun weitere dem Verband angeschlossene Bankinstitute im Staate Massachusetts betroffen worden. Seit Anfang des Jahres haben 1200 Banken in Amerika ihre Schalter schließen müssen.

Philadelphia

in Zahlungsschwierigkeiten

New York, 16. Dezember.

Die Stadt Philadelphia ist zum ersten Male seit 50 Jahren in Zahlungsschwierigkeiten geraten. 25 000 städtische Angestellte sind noch ohne Dezembergehalt, das nicht rechtzeitig bereitgestellt werden konnte.

Notverordneter Lohnabbau

Der Deutsche Metallarbeiterverband lehnt die Lohnregelung des Schiedsgerichts für Nordwestdeutschland ab.

Essen, 16. Dezember.

Auf einer Delegiertenkonferenz hat der Deutsche Metallarbeiterverband die Lohnregelung des für Nordwestdeutschland gefällten Schiedsgerichts abgelehnt, die Arbeitszeitregelung dagegen angenommen.

Ergebnislose Verhandlungen in der ober-schlesischen Montanindustrie.

Gleiwitz, 15. Dezember.

Zwischen dem Arbeitgeberverband der ober-schlesischen Montanindustrie und den Berg- und Metallarbeitergewerkschaften fanden heute Besprechungen statt, um gemäß der neuen Notverordnung in einem Nachtrag zum Tarifvertrag die ab 1. Januar nächsten Jahres geltenden Löhne festzulegen. Diese Verhandlungen führten nicht zum Ziele. Infolgedessen ist nach den Bestimmungen der Notverordnung dem Schlichter hiervon Kenntnis gegeben worden. Die Bestimmungen des Teils VI der Notverordnung vom 8. Dezember wirken sich in der ober-schlesischen Montanindustrie so aus, daß die Löhne der ober-schlesischen Steinkohlenbergarbeiter um 10 Prozent, diejenigen der Hüttenarbeiter um 15 Prozent und diejenigen der Erzgrubenarbeiter um 9—10 Prozent zu senken sind.

Die Praxis der Zinssenkung

Ein Duell zwischen Luther und Reinhart

Berlin, 16. Dezember.

Bevor die offizielle Generalversammlung des Finanzkapitals am Dienstag begann, haben sich die Bank-Kapitäne in Hitlers Hauptquartier, dem Hotel „Kaiserhof“, zu einem feindlichen Essen zusammengefunden, das in nichts gegen frühere Gelage zurückstand. Offensichtlich unter der belebenden Wirkung dieses Essens gerieten Reichsbankpräsident Luther und Commerzbank-Chef Reinhart aneinander. Reinhart entpuppte sich als Vertreter der NSDAP im Bankenparlament und propagierte heftig die Wirtschafts-Autarkie: wir dürften nicht mehr exportieren, sondern müßten im Inland alles, was wir erzeugen, verbrauchen. Das war das rote Tuch für Luther, der im Interesse der schrumpfenden Devisenbestände temperamentvoll für freien Welthandel eintrat. Schnell bildeten sich zwei Lager, die bestimmt mit der Größe der Kapitalien und Aufsichtsräte gegeneinander zu Felde gezogen wären, wenn nicht die offizielle Tagung begonnen hätte.

Die Arbeiterpresse hatte man wohlweislich zu spät eingeladen. Dennoch sind wir im Bilde, was gespielt wurde: es war das alte Spiel, der Ruf nach dem freien Bankgewerbe, das Geschimpe auf die öffentliche Hand, die öffentliche Wirtschaft, für die man nur dann Interesse und Verwendung hat, wenn es Verluste zu sozialisierer, schwache Unternehmen zu stützen gilt.

Und die Zins-Senkung? Es werden zukünftig für langfristige Einlagen maximal 7 Prozent gezahlt, Kredite kosten im günstigsten Fall 11,2 Prozent; die Spanne beträgt also nach wie vor mindestens 4,2 Prozent im Jahr! Da aber die effektiv gezahlten Zinsen höchstens 5 Prozent im Durchschnitt betragen, die verlangten mindestens 12 Prozent, kann man das Ausmaß der Zinssenkung nunmehr erfassen!

Finanzkapital bekennt sich zu Brüning

Die Jahresversammlung des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, die am 15. Dezember stattfand, siegte nach dem Bericht des Berliner Tageblatts ein „uneingeschränktes Bekenntnis zur Politik der Reichsregierung“ ab. In dem vorgelegten Geschäftsbericht heißt es:

„Die Regierung, die in solchem Augenblick das Daseinsrecht des Vaterlandes und seiner Wirtschaft dem Ausland gegenüber verliert, hat Anspruch darauf, daß alles, was sich deutsch nennt, geschlossen hinter sie tritt. Sie kann verlangen, daß die Unvollkommenheit und Anfechtbarkeit einzelner ihrer Maßnahmen bis zur Beendigung des Kampfes hingenommen wird, wenn sich an deren Zusammenwirken die letzte Hoffnung eines Ausweges aus äußerster Not für alle Schichten und Stände unseres Volkes knüpft.“

Brüning hat die Quadratur des Kreises gelöst: Das Finanzkapital spricht ihm — mit Recht — sein vollstes Vertrauen aus und gleichzeitig bestätigt ihm der Sozialdemokrat Hilferding, daß er den Sozialismus verwirklicht . . .

Von der russischen Wirtschaftsfrent

Moskau, 16. Dezember.

In einer Sitzung des Budgetausschusses Innerrußlands machte der Vorsitzende des Staatsplanausschusses Rogow Angaben über die Sowjetzerzeugung im Rahmen des Fünfjahresplans. Danach wird die Gesamtzerzeugung im Laufe dieses Jahres gegenüber dem Vorjahr um 23 Prozent zunehmen, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln um 60 Prozent. Die staatlichen und die Kollektivwirtschaften machen 66 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche aus gegenüber 30 Prozent im Vorjahr. Die Durchführung der Aufgaben des sozialen und kulturellen Aufbaus hat 1,4 Milliarden Rubel mehr gekostet als 1930. 920 000 Arbeiter sind mit Wohnungen versehen worden.

Aus dem Saargebiet

Das war ein denkwürdiger Sonntagvormittag. Droben auf der Höhe des Ausberges hatte der unentwegt schwerbesoldete (und w.c.) deutsche Beamte des Saargebiets, Saarbrückens Oberbürgermeister, alles, was gut „national“ ist in der Saar-Residenz, um sich versammelt und „weilte“ unter dem üblichen hohlen Phrasenschwall (Kehrrim: „Lieb Vaterland, magst ruhig sein“) und dito hohlem Zeremoniell das „Ehrenmal“ für die im Weltkriegsverbrechen hingemordeten Angehörigen der Stadt Saarbrücken. Damit wäre wieder einmal einem dringenden Bedürfnis abgeholfen, Kriegervereine etc. konnten wieder einmal „repräsentieren“ und bei der nächsten Hungerdemonstration bekommt der verehrte deutsche und arbeitslose Volksgenosse ebenderselben Saar-Residenz, auch wenn er treu und brav während des Weltmordens seine sogenannte „Pflicht“ getan, hat, wieder einmal den Gummiknüppel der Blauen und die Huftritte der Khakifarbenen zu spüren. Ja, Herr Oberbürgermeister: „Lieb Vaterland, magst ruhig sein...“ in der Oberbürgermeistervilla.

Gleichzeitig bimmelten durchs Saartal die in dieser „köstlichen“ weihnachtlichen Zeit als „Weihnachtsglocken“ fungierenden kirchlichen Werbeinstrumente ihr eintöniges, programmatisches „Klingen“ von der angeblichen Welt- und Menschheitslinderung, die u. a. allen Kriegshinterbliebenen (soweit sie keine hohen Pensionen und Renten beziehen), allen Arbeitslosen, allen sonstigen Opfern der verlogenen bürgerlichen Weltordnung in diesem Jahre besonders eindringlich zum Bewußtsein kommt.

Ja, und während all' diesen Tamtams kamen wir zur dritten Bezirkskonferenz der SAP des Saargebiets zusammen. Vertreten waren die Ortschaften Bischmisheim, Herrensohr, Fürstenhausen, Neunkirchen, Körsch-Bilsdorf, Saarwellingen, Bons, Saarbrücken. Als erfreulichste Nachricht sei das gemeldet, was während der letzten Wochen vorbereitet wurde: Die während des saarländischen Wahlkampfes 1929 entstandenen, damals von der SPD scharf bekämpften parteilosen „Arbeiterparteien“, die damals eine Reihe von Gemeinderäten und Kreistags-Mandaten eroberten, treten jetzt geschlossen zur SAP über. Den Anfang hat die über 30 Mitglieder zählende Ortsgruppe Fürstenhausen gemeldet, die beschlossen hat, sich zum 1. Januar 1932 der SAP anzugliedern. Für Saarwellingen, Bons und einige andere Orte steht dasselbe bevor. Im Monat Januar oder Februar 1932 sollen öffentliche Parteiversammlungen der SAP, voraussichtlich mit dem Genossen Seydewitz als Redner, stattfinden in Völklingen, Dillingen, Neunkirchen und Saarbrücken. Die rege politische Aussprache drehte sich u. a. um die geradezu verbrochene Regierungspolitik der SPD im Reich sowie um den unerhörten Terror, dem die saarländische Arbeiterschaft ausgesetzt ist. Die französische Grubenverwaltung maiträtiert die deutschen Saarkumpels ebenso brutal, wie es der Proletariat beim deutschen Arbeitgeber gewohnt ist. Nur wer Mitglied des berüchtigten gelb blau weiß roten „Saarbundes“ ist und seine Kinder in die französische Schule schickt, kann sich halten oder es gar „zu etwas bringen“. Wie sagt der saarländische Volksmund?

Wie Freiherr von Stumm sich einstmals geräuspert und wie er gespuckt, Das hat ihm der Franzmann glücklich abgucken.

Es war erschütternd, die Berichte der Genossen über das Elend unter den Saargeleuten anzuhören. Der französische Kapitalismus und Imperialismus beutet die Saargruben und die Saar-Arbeiterschaft so aus, wie die „christlichen“ europäischen „Kultur“-Völker sonst in afrikanischen oder asiatischen Kolonien vorzugehen pflegen.

Ebenso schlimm ist der kirchliche Terror. Wehe den ländlichen Proletariaten, die als Freidenker aus der Kirche austreten oder ihre Kinder vom Religionsunterricht abmelden. Zentrums-pfaffen, Zentrums-pöbel, Zentrums-„Pädagogen“ verfolgen die Beteiligten mit unbarmherziger „christlicher Nächstenliebe“. Und zum Dank dafür zahlt die Mehrzahl der Proletariat, und zwar gleich in der Lohnsteuer enthalten, dieser unqualifizierbaren Gesellschaft Kirchensteuern! Wann wird da einmal die Besinnung kommen?

Terror bei der kapitalistischen und klerikalen Reaktion... Terror auch bei der SPD, bei ihren beiden Hilfsorganisationen, den Freien Gewerkschaften und der Arbeiterwohlfahrt. Eine Reihe der anwesenden Genossen wußte ein Lied davon zu singen, wie es ihnen in der SPD, der sie jahrelang unter Aufbietung aller Kräfte treu gedient hatten, ergangen war. Sobald sie angingen, an der volksfeindlichen Politik der SPD und an dem herausfordernden, rein bürgerlichen Auftreten der „berufenen“, d. h. beamteten SPD-„Führer“ Kritik zu üben, wurden sie schikaniert, verdächtigt, gemäßigelt, verleumdet, mit Ausschluß-Verfahren bedroht, bedacht usw. Man ist sich im Saargebiet wie im Reich darüber einig, daß die Schuld an der heutigen Einflößigkeit des deutschen Proletariats an dem geradezu verräterischen Verhalten seiner Führer liegt.

Einige Episoden: Ein arbeitsloser SAP-Genosse geht rutschend zu einem sozialdemokratischen Ministerialrat, dem das Arbeitswesen unterstellt ist. Er kommt zu ihm als Sozialisten, so sagt er ihm. „Sprechen Sie das Wort „Sozialist“ in diesem Hause nicht so laut aus!“ lautet die kalt abweisende Antwort des aus der Arbeiterschaft über den

Parteisekretariatsessel ins Ministerium gelangten „Genossen“. — Ein SAP-Genosse kommt in einer bergmännischen Angelegenheit zu einem SPD-Bergarbeitersekretär. Dieser haucht ihn saugrob an, weil er zur SAP übergetreten ist und beschimpft die „Spalter“ der SAP-Reichstagsfraktion und andere SAP-Führer in der gemeinsten Weise. Das ist „sozialistische“ Politik. — In der sogenannten Arbeiterwohlfahrt, die anerkanntermaßen salonsozialistisch und einseitig SPD-mäßig geleitet wird, die nur für „Gutgesinnte“ Wohlfahrt übrig hat, droht man einem armen, gewerblich tätigen SAP-Genos-

sen, ihn geschäftlich zu schädigen, weil er zu den Gründern der SAP gehört.

Unsere so harmonisch und hoffnungsvoll verlaufene SAP-Konferenz des Unterbezirks Saargebiet klang aus in der Losung: Kampf der verlogenen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung! Kampf der nationalen wie der internationalen Reaktion! Kampf dem volksverdümmenden Pfaffentum und seinen Trabanten! Kampf den verbürgerlichten, tolerierenden, terrorisierenden SPD-Führern! Kampf für die Einigkeit und eine bessere Zukunft des Proletariats!

Die nächste Bezirkskonferenz soll Mitte Januar 1932 in der Zentrale des saarländischen Hütten-Scharfmachtums, in Völklingen, stattfinden.

Weihnachtsgedanken

Das bevorstehende Weihnachtsfest animiert die bürgerliche Presse zu allerhand feuilletonistischem Geschwätz über die Symbolik des Weihnachtsfestes. Beredete Worte werden gefunden: Fest der Liebe, Alle Menschen werden Brüder, Friede auf Erden, Christ stieg hernieder, um die Menschen zu erlösen, und wie sonst die Proklamationen der kapitalistischen Welt in dieser Zeit lauten mögen. Doch die Wirklichkeit strafft die Predigten der Pfaffen und bürgerlichen Zeitungsschreiberinnen.

Wenn ein Prolet durch die Straßen geht, an den Christbaummärkten vorbei, nimmt dort eine Nase des köstlichen Aromas, sieht in den Läden all die blitzenden, lockenden Kostbarkeiten, die ihm zuzurufen: „Nimm mich mit! Kauf mich! So billig war ich noch nie!“, ja, da kommt ihm so recht zum Bewußtsein, was er doch für ein armes Luder ist. Einen großen Wunschzettel hat er im Kopf, aber keinen Sechser in bar in der Tasche. Vor ein paar Jahren, da war das noch ein klein wenig anders. Da konnte die ganze Familie ihre Wünsche äußern, und der proletarische Weihnachtsmann erfüllte sie nach bestem Können. Da gab es auch was Tüchtiges zu Fressen. Aber heuer gibt's keinen Kuchen und keinen Braten, Margarinstollen wird man verdrücken. Geschenke muß man in den Schornstein schreiben. Extravagante Wünsche hat ja im allgemeinen so ein Prolet nicht; der braucht keine goldenen Uhren und Ringe, kein Auto, um das ihm Rothschild beneiden könnte. Was so unsereiner kaufen und schenken möchte, das sind praktische Dinge.

Da steht da beispielsweise vor einem Schuhladen. Deine eigenen Schuhe blicken in die Welt, als hätten sie von Professor Deycke

versehentlich eine Spritze mit virulentgewordenen Calmettebazillen gekriegt. Matthäi am Letzten. Doch neue Schuhe sind für den Proleten Luxusgegenstände. Für ihn gilt der Ruf: „Zurück zur Natur!“

Durch deinen abgeschabten, dünnen Mantel pfeift der Wind. Du frierst, du hungerst, deine Kinder sind unterernährt. Doch die bürgerliche Gesellschaft interessiert das in der Weihnachtszeit genau so wenig wie sonst. Drum nennt man Weihnachten „das Fest der Liebe“...

Nicht wahr, Prolet, noch nie hast du das Fest der Liebe so sehr gefürchtet wie in diesem Jahr? Denn nicht die Freude wird bei dir zu Gast sein, sondern tiefe Niedergeschlagenheit. Du bist arbeitslos, hast keine Kohle im Haus, drum „feiert“ man Weihnachten im Bett. Kein Festbraten, sondern dieselben Wassersuppen wie sonst. Keine Freude kannst du deinen Angehörigen machen. Aber auch gar keine.

Und dann heult deine Alte leise vor sich hin, und deine Kinder flennen ins Kissen hinein. Du selbst beißt die Zähne zusammen, um nicht aufzuheulen... Freue dich, freue dich, o Christenheit...

Kein Mensch hat an dich gedacht, nur Brüning, der dich mit neuen Abzügen bedenkt. Der Staat hat kein Geld für dich; der braucht's fürs Militär, für die Schupo, für Panzerkreuzer, für Ministergehälter, für Kirchen und Polizeihunde. Für dich, Prolet, ist nichts da.

Drum, Prolet, laß dich auch in der Weihnachtswoche nicht von den verlogenen Sentimentalitäten der bürgerlichen Gesellschaft einfeilen. Werde aber auch nicht mutlos. Einmal kommen andere Weihnachten, proletarische Weihnachten!

Dortmund

Die Stadt am Konkurs der Westfälischen Straßenbahn beteiligt. An dem Konkurs der Westfälischen Straßenbahn G. m. b. H., Sitz Bochum-Gerthe, ist die Stadt Dortmund wie an vielen Pleiten der Letztzeit ebenfalls beteiligt. Sie verliert 71.500 Mark eingezahltes Gesellschaftskapital und außerdem noch 211.451 Mark infolge selbstschuldnerischer Bürgschaftsübernahme.

Um zu einem Obdach zu kommen, schlug ein wohnungsloser Arbeiter am Montagabend auf der Münsterstraße die Schaufensterscheiben mehrerer Geschäfte ein. Er wurde von einer Polizeistreife festgenommen und anderen Tages dem zuständigen Richter zugeführt.

Hörde

Eine eindrucksvolle Wintersonnenwendfeier der freigeistigen Gemeinschaft. Am vergangenen Sonntag veranstaltete die freigeistige Gemeinschaft Hörde ihre Wintersonnenwendfeier im Stimpelschen Saal. Das Programm war folgendes: Konzert, Gesangsvorträge, Reigen und Theater. Das Konzert, unter Leitung von Herrn Maise, wurde mit großem Beifall und Aufmerksamkeit aufgenommen. Auch der gemischte Chor der freigeistigen Gemeinschaft leistete vorzüglichen Gesang. Ein Theaterstück in einem Akt wurde gespielt: die „Bibel“, Weihnachtsprechchor der Jugend wurde vorgeführt. Man muß sagen, keine Kulturbewegung hier in Hörde leistet so etwas wie die freigeistige Gemeinschaft.

Der Segen der Arbeiterwohlfahrt. Ueber den Segen der Volksküche wird uns aus guter Quelle berichtet, daß ein Ueberschuß von 540 Mark geschaffen worden ist. Diese Sparsamkeit gerade an dieser Stelle ist eigentlich nichts Unerwartetes, ob sich aber die Erwerbslosen darüber freuen, bezweifeln wir. Wir empfehlen, diese Küchenkommission von den Erwerbslosen wählen zu lassen, vielleicht sind diese nicht so begeistert wie die Festangestellten.

Lünen

„Freiwilliger“ Arbeitsdienst. Hier beabsichtigt man, den nach dem Stadtbebauungsplan vorgesehenen Bau einer Umgehungsstraße von der Kammerer Chaussee über die Lippewiden nach der Lange Straße im „freiwilligen“ Arbeitsdienst auszuführen. Sobald die Genehmigung dazu erteilt ist, soll es losgehen. Man hofft, einige hundert Arbeitsdienstpflichtige (!) mehrere Wochen beschäftigen zu können. — Straßenbau im „freiwilligen“ Arbeitsdienst, das fehlte gerade noch. Es klingt fast so, als ob es überhaupt keine arbeitslosen Tiefbauarbeiter mehr gibt. Oder will man nur die Tariflöhne nicht zahlen? Die sich zum „freiwilligen“ Arbeitsdienst zur Verfügung stellenden Arbeiter sollten immer daran denken, daß sie dadurch ihren noch in Arbeit stehenden Klassen-genossen in den Rücken fallen, somit deren Lage und damit auch ihre eigene weiter verschlechtern helfen!

Witten

Ein wandlungsfähiger Mann. Die Wittener „Volkswacht“, Mitteilungsblatt des Parteivorstandes der SPD, brachte am 8. Dezember einen Artikel, der mit dem Namen Grabowski unterzeichnet war. Um welchen Menschen es sich handelt, wird sofort klar, wenn man weiß, daß dieser Grabowski bereits Mitglied im Stahlhelm, in der DVP, in der USP, in der SPD gewesen ist und daß er sich in der Radikaldemokratischen Partei in den Aktionsausschuß wählen ließ, während er noch Mitglied der SPD war. Auch zur SAP war er übergetreten, wofür er von der SPD-Presse mit den allerhöchsten Kosennamen belegt wurde. Jetzt wagte es dieser Mann, Schmutzartikel über die SAP zu schreiben, und die „Volkswacht“, die gestern noch in der gemeinsten Weise über Grabowski herzog, bringt heute, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken, einen Artikel, der der SPD Genug-tunung verschaffen soll. Der Berichterstat-ter der „Volkswacht“ — mit Vornamen Adolf, und seine Schimpfworte sind auch vollständig aus Adolf Hitlers Lexikon entlehnt — nimmt derartige Artikel mit sensationslüsterner Begierde auf! — Im übrigen werden wir uns mit diesen Leuten nicht mehr befassen, sondern wir rufen ihnen nur zu: Uns könnt ihr nicht beschmutzen, ihr macht höchstens gute Propaganda für uns!

Ratingen

Nicht zuständig. Auf die von unserer Stadtratsfraktion eingereichten Anträge auf Gewährung einer Sonderunterstützung an die notleidende Bevölkerung, erhielt die Fraktion vom Bürgermeister die Antwort, daß „diese Angelegenheit weder zur Zuständigkeit der Stadtverwaltung noch der Stadtverordneten gehöre. Also, Prolet, wenn du am „Feste des Friedens“ genau so oder noch mehr hungern mußt als sonst, so ist das deine ureigenste Angelegenheit. Es sei denn, daß du Gnade in den Augen der „Notgemeinschaft“ findest.

Ahlen

Der „verdächtige“ Freiballon! Der Landwirt U. fand vor einiger Zeit in seiner Besitzung einen ausländischen Freiballon (wahrscheinlich französischer Herkunft). Der Ballon hatte einen Durchmesser von 4 m. Die Ermittlungen der Polizei, die sofort „eingeleitet“ wurden, waren erfolglos. Inwieweit die Notlandung des Ballons mit den zuerst geäußerten „Vermutungen“, daß er zu Spionagezwecken verwendet worden wäre, etwas zu tun habe, konnte nicht ermittelt werden. (?) Die Meßapparate, die sich an dem Ballon befanden, konnten nicht gefunden werden.

Wer trägt die Schuld? Der tödliche Unglücksfall auf der Zeche Westfalen, dem unser Verbandskamerad Gustav Schmidt am Sonntag morgen zum Opfer fiel, soll auf die schlechten baulichen Verhältnisse vor dem Arbeitspunkt zurückzuführen sein. Der Anspruch Schmidts einige Zeit vor dem Unglück zu einem Kollegen: „Wenn uns hier nichts

passiert, passiert uns unser ganzes Leben nichts!“ ist bezeichnend für den Zustand seines Arbeitsplatzes. Es ergoht an den Bergarbeiterverband das Ersuchen, mit allem Nachdruck auf die Bergbehörde einzuwirken, um den Schuldigen, der nur in der Verwaltung zu suchen ist, in Strafverfolgung zu nehmen. — Die Ueberführung der Leiche erfolgt heute, Donnerstag, um 9 Uhr von der Zeche aus.

Euskirchen

Weihnachtsbeihilfen an Erwerbslose verboten. Die Auszahlung der in der Stadtverordnetenversammlung von Euskirchen beschlossenen Weihnachtsbeihilfen für die Erwerbslosen ist von der Regierung untersagt worden, da eine Anzahl Städte nicht in der Lage ist, Weihnachtsbeihilfen auszugeben und diese dadurch Schwierigkeiten mit den Erwerbslosen ihrer Stadt fürchten. — Diese Lösung ist genial. Die Arbeitslosen in einigen Städten hungern auch Weihnachten über, weil angeblich kein Geld da ist für Weihnachtsbeihilfen. Da kann die Regierung ja nun nicht helfen. Aber damit sich die Arbeitslosen in diesen Städten nicht vereinsamt fühlen, gibt die weise Regierung auch den Hungernen nichts, die eigentlich etwas kriegen könnten. Auf die Art kriegt keiner was und die Regierung hat das Ei des Kolumbus zur Beruhigung der Hungernen entdeckt.

Frankfurt a. M.

Unterstützungsempfänger und Bürgersteuer. Wie die Magistrats-Pressestelle mitteilt, sind alle diejenigen von der Zahlung der Bürgersteuer befreit, die an einem der Fälligkeitstage laufende Unterstützung von der Fürsorge erhielten (Sozialrentner, Kleinerntner, Wohlfahrtspfleglinge, Zusatzrentenempfänger). Zwecks Vereinfachung werden die in Frage kommenden Personen der Rechner-Steuerverwaltung unmittelbar mitgeteilt. Die Unterstützungsempfänger suchen also nicht persönlich bei der Steuerbehörde vorstellig zu werden.

Offenbach

Die SAJ geht zum Heimatdienst. — Gründung des SJV. Für die Einstellung der SAJ ist gewiß bezeichnend, daß sie sich geschlossen an einem Kursus beteiligt, der vom Heimatdienst über Rüstung und Abrüstung durchgeführt wird. An diesem Kursus nimmt auch teil die „Gruppe junger Sozialdemokraten“. Dagegen wird sich gerade die jetzt begründete Ortsgruppe des SJV mit den Aufgaben der Jugend in der gegenwärtigen Zeit befassen und für die geschlossene Kampffront des Proletariats wirken.

Stralsund

Für die Arbeitslosen. Der Präsident des Landesarbeitsamtes Pommern hat in Erweiterung des bisher genehmigten Personenkreises mit Wirkung v. 7. 12. 1931 in sämtlichen Gemeinden die Angehörigen der folgenden Berufsgruppen zur Krisenunterstützung zugelassen: Torfarbeiter, Torfmeister und Torfstecher; Bahnunterhaltungspersonal (Strackenarbeiter); Schiffsbesatzung; ungelernete Arbeiter aller Art; Maschinisten und Heizer aller Art.

Putbus

Betriebseinschränkung. Auch die Verwaltung der Rügenschen Kleinbahnen wirft wieder eine Anzahl Arbeiter auf die Straße. Angeblich durch Beendigung der Herbstkampagne sind diese Kräfte überflüssig geworden.

Damgarten

Protest in der Bürgermeisterwahl. Ueber die von uns berichtete Bürgermeisterwahl ist noch zu berichten, daß sich erst jetzt mit aller Deutlichkeit zeigt, wie sich die Ausschaltung der kommunalen Selbstverwaltung auswirkt. Die Stadtverordneten der Rechten und der Mitte sind durch die Losentscheidung arg verschuppt, da sie wohl den kommenden Bürgermeister fürchten. Daher trat die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag von fünf Bürgerlichen zu einer Sondersitzung zusammen, um sich erneut mit der Wahl zu beschäftigen. Warum stellen die Bürgerlichen denn noch zwei Listen auf, wenn sie nicht gegen den bisherigen Bürgermeister sind? Hätte das Los nun die „Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“ getroffen, wäre der Bürgermeister Kühl ja auch nicht in Vorschlag gebracht worden. Kühl ist Demokrat, und der kommende Sozialdemokrat wird auch in politischer Hinsicht nicht besser sein.

Bergen

Arbeiterlos. Sehr schwere Verletzungen erlitt der Arbeiter Deichgräber aus Trent infolge der Explosion eines Benzinfasses. Nach dem bisherigen Befund wurden sehr schwere Brandwunden und doppelter Beinbruch festgestellt. Ob er mit dem Leben davon kommt, ist noch sehr fraglich.

Organisations-Nachrichten

SAP Dortmund. Marxistische Schülersgruppe. Montag, 21. Dez., 20 Uhr, Volkshaus: 1. Sondertagung. Gen. Babucke über: „Organisation und Agitation der SAPD.“ Wichtig für alle Parteigenossen! — Dienstag, 22. Dez., 20 Uhr, Volkshaus: Letzte Zusammenkunft in diesem Jahr.

SAP Ratingen. Mitgliederversammlung. Samstag, 19. Dez., 20 Uhr, im oberen Saal des Volkshauses. Gen. Zöllig spricht über „SAP und Gewerkschaften.“

SAP Weitzenscheid. Mitgliederversammlung Sonntag, 20. Dez., 10 Uhr, im Lokal Heid, Ecke Johannes- und Ellsabetstr.

SJV Bezirk Westfalen (Anschrift: Hans Hillebrand, Bochum, Thyssenstr. 19). Bekanntmachungen unter dieser Rubrik nur durch die zirkulierende SJV Westfalen. Donnerstag, 17. Dez., 20 Uhr, bei Klein-Aussprache über: „Notverordnung und die politische Lage.“ — SJV Dortmund. Freitag, 18. Dez., Heim der Diss.-Fürsorge, Nordstr. Nr. 20, Hinterhaus. Ausspracheabend: „Unsere Stellung zu den bürgerlichen Festen.“ — SJV Bochum. Freitag, 18. Dez., Vortrag: „Wir und die KPO.“

Feuilleton der SAZ

Das Christkind und der Revolutionäre

Eine historische, aber noch aktuelle Weihnachtslegende

In jener Zeit, als nicht nur die Kriegszensur in Deutschland, sondern auch noch eine engere parteigegenwärtige Zensur es unternommen hatte, die Verbreitung sozialistischer Gedanken und Hoffnungen zu Gunsten einer bürgerlichen, zu nichts verpflichtenden Literatur unmöglich zu machen, da war es Clara Zetkin, die in ihrer „Gleichheit“ bis zum letzten Augenblick politischen und dichterischen Bekenntnissen Raum gewährte. In ihre Wochenzeitung flüchteten die vom Bürgerfrieden deutscher Kriegsparteien ausgeschlossenen Schriftsteller, die Gegner dieses Krieges waren, seine Führung wie seine Ziele bekämpften. Solche von der zensurtrüben Presse absetzende Haltung behagte dem Parteivorstand nicht; Clara Zetkin wurde im Mai 1917 aus der „Gleichheit“ ihrer eigensten geistigen Schöpfung, „Koprophetie“.

Die Weihnachtslegende, die wir zum Abdruck bringen, ist historisch interessant durch die Stimmung, die trotz der Verzweiflung die Befreiung vorsehndet, die in einem ersten Versuch 1918 erreicht wurde, deren Stimmungsgehalt aber darüber hinaus neue Hoffnungen schürt, damit die Legende sich erfüllen möge: daß das Proletariat selbst die Mission des „Christkindes“ auf sich nehme.

Ara Weihnachtsabend hielt es das Christkind nicht mehr im Himmel aus. Von der Erde zitterten Mißtöne, Gejammer, Seufzer empor, so daß das Gewölbe sich in fortwährender Erschütterung befand. Durch die Spalten, die das Beben aufriß, drang ein furchtbarer Menschengeruch, durchtränkt mit Fäulnishauch und süßlichem Blutdunst. Das Christkind zerteilte die Wolken, und nach einem ungeheuren Donner, der das Gewölbe wieder schloß, war es draußen im Welttraum. Es nahm all seine himmlische Ruhe zusammen und ließ sich herabsinken. Nach einer langen lautlosen Reise sah es in schwarzer Tiefe eine kleine, armselige Kugel, auf der ganz winzige Wesen wimmelten und kribbelten: die Erde. Ueber ihr kreiste ein Vogel, ein unbeseelter, eine phantastische Maschine. Das Christkind mußte seinen himmlischen Flug beschleunigen, um dem schrecklich lärmenden Vogel nachzukommen. Es suchte mit seinen Blicken den Vogel ab und sah in der Mitte, unterhalb der Flügel, einen pelzvermummten Menschen.

„Laß mich mit dir kommen“, bat das Christkind.

„Du darfst dich aber nicht rühren“, brummte der Mensch aus seiner Verhüllung hervor. „Ich muß alle Aufmerksamkeit auf den Flug wenden. Störe mich nicht, sonst stürze ich ab.“

Der Vogel kämpfte sich vorwärts. Er holperte durch die Widerstände der Luft, die eisig wie geschliffene Stahlspitzen und Glasscherben klirrte. Im Kopfe des Mannes arbeitete es, als wollten alle Gehirnsfasern reißen und sich fiebernd zu einem Knäuel verwickeln, so angespannt waren sie. Der Körper des Mannes war von Energie gestrafft. Das Christkind staunte über solche menschliche Leistung.

„Was wird nun Großes herauskommen bei dieser gewaltigen Anstrengung“, dachte es.

Nachdem der Mann seine Augengläser gerichtet und mit den Blicken die Tiefe durchbohrt hatte, ließ er plötzlich längliche Eisenkörper schwer auf die Erde hinabsausen.

„Das wird ein Schrecken werden“, sagte er triumphierend.

Nun verstand das Christkind, was der große Mann mit seiner gewaltigen Leistung ausrichten wollte. Es entfernte sich lautlos aus dem Flugzeug und schänte sich der Menschen, die sich wie Götter gebärdeten, um das schändlichste Teufelswerk zu verrichten und sich dazu der Schätze der Erde und der Macht des Wissens bedienten.

Das Christkind näherte sich einem Häuserviereck, das mit seinen Dächern am höchsten in die Luft emporragte. Es waren häßliche Mauern mit sehr vielen Fenstern. Im Dachstock lehnte sich das Christkind an eine Luke, deren Scheiben schlecht geschlossen waren. In einer halbdunklen Ecke saßen Kinder um einen Tisch und stritten sich heiser um schlechte Äpfel. Die Früchte waren auf irgendeiner

Landstraße als Fallobst aufgelesen, dann in einem modrigen Keller bis Weihnachten aufgehäuft und jetzt hervorgeholt worden, um mit Gewinn an arme Leute verkauft zu werden. Die Schale des Obstes roch schlecht, das Fleisch war angefault, im Kernhaus hatten Maden gewühlt. Trotzdem streckten die Kinder ihre dünnen Arme begehrlisch nach den Äpfeln wie nach Leckerbissen aus. Sie bekamen selten etwas anderes als eine wässrige Brühe mit wenig Gemüse darin, Brot, das manchmal wie Sand zwischen den Zähnen knirschte, und gewässerte, dünne Milch. Die Zehen der Kinder schauten aus den Stiefeln hervor, von denen Pappe herunterhing. Ihre Kleider trugen unmögliche Flecken. Was ehemals weiß gewesen, war jetzt grau, da man die Wäsche statt mit Seife mit allerlei rätselhaftem Ersatz reinigte.

Die Kinderköpfe fuhren auseinander, als die Mutter ins Zimmer kam.

„Ein Baum?“ fragten die Kleinen sehnsüchtig.

Die Mutter zog aus ihrem Korb einige Tannenzweige, die jemand an einem Weihnachtsbaum als überzählig abgehackt hatte. Sie bohrte die Zweige in einen Stumpf, den sie dabei gefunden hatte, und so gab es ungefähr einen Weihnachtsbaum, der mit altem Glaskram behangen wurde. Die Mutter dachte schon daran, daß sie mit den dürren Zweigen später ein Feuer machen könnte. Die paar Kringel, die sie jetzt an den Baum hing, waren nicht mürbe, sondern zäh wie Holzfasern.

„Lichter?“ fragten die Kleinen, und ihre Augen leuchteten selbst wie Lichtlein auf.

„Wir können noch froh sein“, sagte die Mutter, „daß wir nicht gleich in die Betten kriechen müssen. Die Kerze da hält eine Stunde oder etwas länger an. Das ist alles an Lichtern.“

„Was wohl der Vater macht!“ seufzte der Älteste.

Die Mutter schluchzte heftig auf. Der Vater wurde seit zwei Jahren vermißt. Jedermann hielt seinen Tod für ausgemacht, sie allein hoffte, er wäre gefangen, irgendwo, weit, weit, auf einer Insel, und dürfe nicht an die Seinigen schreiben.

Die Mutter setzte sich in die Herdecke und nahm einen Teller Suppe in die Hand. Langsam, ohne Freude am Essen, stillte sie den Hunger.

Die Kinder waren müde vom Schreien, sie zogen sich aus, tippelten noch einmal behutsam an die Glaskugeln und verteilten sich in die dürrtigen Betten. Das kleinste hatte von den Äpfeln Leibschmerzen und wimmerte vor sich hin. Die Mutter nahm das Kind auf den Schoß, unwickelte seinen Bauch mit einer Wolljacke und schlang ihre Arme und das megere Körperchen. Nach einer Weile schliefen beide.

Das Christkind schwebte herein, setzte sich an die Seite der Frau und lauschte ihren Träumen. Die Mutter rechnete im Schlafe, sie sah schmutziges Papiergeld nebeneinander liegen. Als sie nachzuzählen begann, erschien eine rote dicke Hand und griff nach dem Geld. Es war die Hand des Hausbesitzers, der einen großen Teil der Papiere vom Tische weg in seine Taschen strich. Kaum war er fort, so stand die Krämersfrau da und packte ihr Teil für Milch, Brot, Holz, Kohlen, für alles, was man braucht. Hinter ihr näherte sich ein urförmiger Arm und nahm Geld für die Steuern. Die träumende arme Frau brach in Tränen aus. Die Kinder und sie selbst waren nicht satt, sie hätten wenigstens einmal ordentlich essen können, wenn der Schreckliche fortgeblieben wäre. Der Mann aber sah

und hörte nichts, er nahm das Geld und ging. Es waren nur noch kleine Münzen da. Nach diesen drängten die Kinder und baten um Schulbücher, um Hefte und Griffel. Die abgearbeitete Frau zermarterte sich den Kopf, wie sie dafür, wie sie für alles sorgen könnte, sie hatte nicht einmal im Schlafe Ruhe. Es war ein hartes Leben. Heute wie jeden Tag. Und diese Weihnacht, wie kummervoll und müde, wie verlassen fand sie die Arme!

Das Christkind war traurig. Es flog aus der Armutshöhle davon in ein anderes Viertel, in dem der Mann wohnte, der in seiner Fabrik jenes Seifenpulver herstellte, das schönes Linnen grau färbte. In den Räumen dieser Familie fehlte feierliche Weihnachtsfreude, aber es gab genug zu sehen. Ein schlanker Baum reichte bis zur Decke, um die Tannenzweige wunden sich Drähte, durch die der elektrische Funke lief, der Lampen in allen Farben entzündete. Der Baum schimmerte von großen bunten Glaskugeln, dazwischen hingen Körbchen, in denen kandierte Früchte gebettet lagen. Zwischen den Gedecken auf dem Esstisch waren mehrere Hindenburgtorten aufgestellt, ein Gemenge aus Schaum, Mandeln und markenfremden Kostbarkeiten. Auf dem Büfett hatte die Köchin einige Gänse abgesetzt; es waren von Delikatessen und Früchten abenteuerliche Gebäude auf den Platten aufgebaut. Der Geschenktisch zeigte Etuis mit funkelnden Edelsteinen und kostbare Pelze für die Gattin und Töchter. Die Frau des Hauses entdeckte unter dem Weihnachtsbaum eine öffentliche Auszeichnung, der Herr einen Orden.

Das Christkind mochte nichts mehr sehen und hören. Was waren das für Menschen! Sie waren im Herzen öde, sie hatten keine Seele mehr. So verwahrlost hatte das Christkind die Menschen noch nie gesehen. Alles verdarb in ihren Händen. Was sie aus dem Bauche der Erde holten, daraus stellten sie Mordwerkzeuge her, die Fahrzeuge auf den Meeren machten sie zu verderbenbringenden Ungeheuern, die Luft verpesteten sie, indem sie Gift umherschleuderten, nach dem Himmel schickten sie ihre Totenvögel, in friedliche Arbeitshände drückten sie Gewehrläufe und Schwerter, über den Erdboden woben sie Netze von Stachelndrähten, unter der Erde wühlten sie Gräben aus, in denen der Tod tückisch lauerte. Das Gehirn der Menschen war verändert, ihre Gedanken waren vergiftet.

Das Christkind flog mit aufgewühlten Empfindungen aus dem Häusermeer fort. Es schwebte über einer einsamen Straße am Rande der Stadt und kam sich wie irdisch vor. Es war ihm zumute, als wäre es selbst Mensch geworden, so leer, so niedergedrückt fühlte es sich auf seiner Erdenfahrt. Es war ihm, als sei es besudelt durch das, was es gesehen und gehört hatte. Wie ein Schatten legte sich die düstere Ahnung auf seine Seele, sie nie mehr zum Himmel zurückzufinden. Da fühlte es plötzlich einen dumpfen Schlag und lag auf der Erde.

Ein Mann kam gegangen, der hob das Christkind auf und stellte es auf die Füße.

„Dachte ich mir es doch, daß du fällst, als ich dich fliegen sah“, sagte er. „Komm mit in meine Stube“, lud er das Christkind ein.

„Ich kann dir zwar nichts geben als eine Tasse Tee, schwach gezuckert, und ein Stück zweifelhaftes Schwarzbrot, aber du wirst dich ausruhen.“

Als die beiden im Zimmer ankamen, machte der Mann Licht und legte Kohlen im Ofen nach. Er sah das Christkind an, nahm ihm die zerschundenen Flügel ab, legte sie in seinen Schrank und meinte zufrieden:

„So, du bleibst jetzt erdwärts. Uns fehlt

deine himmlische Sehnsucht. Die Christnachstimmung, das Friedensgeläute, die schillernden Herrlichkeiten des Weihnachtsbaumes, die Freude der Kinder, der Duft von Buttergebäck, Honigkuchen, Nüssen und Marzipan: alles ist uns genommen. Ich selbst lebe wie ein Gefangener, der zwischen grauen Mauern sitzt. Meine Arbeit ist mir genommen, denn statt meines Hirnes denken Maschinen für mich. Mein Blick wird eng und trüb, denn die Erde ist in Stückchen Land aufgeteilt, von denen jedes rings ummauert ist. Ueber mein Stückchen Land hinaus darf ich nicht treten. Die Luft ist dumpfig und zusammengepreßt, es riecht nach Moder. Mir wird beklommen und elend, meine Augen vermögen nicht mehr in die Ferne zu blicken. Ich sitze wie im Gefängnis, und die Fensterluken, durch die mich das Licht sparsam aufsucht, nehme ich für den Horizont, für das ganze Himmelsgewölbe. Und so die anderen.

Die einen leben, um zu schachern. Sie beladen sich, behängen und beklecksen ihre Zellen, weil sie nicht wissen, was tun. Die andern zermürren sich in Ueberarbeit und Sorgen, sie brauchen nichts mehr als einen Strohsack für den müden Leib. Manche zermalmen, andere werden zermalmt, ich aber . . . ersticke. Mich lockt der Schacher nicht, der Hunger erniedrigt mich nicht . . . Hilf du mir!

„Der Mann ist ein Mensch der Wahrheit“, sagte sich das Christkind. „Für den hat die Welt jetzt keinen Raum. Alles nahmen sie ihm, bald wird er keinen Fuß breit Boden mehr für sich haben. Die Luft sogar leiten sie ihm ab. So leicht ist er, als ob er in die Wolken fliegen würde. Ich helfe dir und werde dich wieder zu einem starken Arbeiter machen“, versprach das Christkind dem Mann. „Warum habst du Menschen mich nicht schon lange heruntergeholt? Tausend und aber tausend Jahre habst ihr Lieder, Gebete, Bitten und Wünsche, Jubelrufe zu mir gesandt. Ihr habt euch arm gemacht, um mich in den Wolken zu bereichern. Und ihr habt vergessen, daß ich das Geschöpf eurer Sehnsucht bin, ihr selbst. Darum wende ich mein Wesen mit euch selbst und den Zeiten. Ihr selbst habt mich umgeschaffen, daß ich die Brüderlichkeit allen Arbeitenden, die Hoffnung aller Leidenden, der Wille aller Empordrängenden bin. Habt ihr das vergessen? Ich will euch wiedergeben, was ihr mir dargebracht. Ich will die eiskalte Welt wieder mit Wärme und Kraft erfüllen.“

Das Christkind löste seinen Körper in feinen Nebel auf und ließ seine Seele über die Erde hinströmen. Ein glänzender heller Schein schwebte aus dem Zimmer ins Weite. Er breitete sich in zartem, silberigem Dunst aus und flog ins Unendliche.

Als der einsame Mensch der Wahrheit erwachte, fuhr er sich über die Stirne. Ein friedliches Lächeln, seit Jahren das erste, verklärte seine eingesunkenen Züge. Er beugte sich zum Fenster hinaus. Der Weihnachtsabend draußen lastete dunkel über der Stadt. Der Haß und die Feindschaft unter den Völkern waren so furchtbar geworden, daß sich ganze Städte verbergen, ihr Licht abblenden mußten, um Rache und Mord nicht anzulocken.

Aber da sah der einsame Mensch der Wahrheit in der Ferne das Leuchten der auströmenden Christkindseele. Er lauschte und vernahm feierliche Klänge, die langsam verhallt, erstarben, aber nur, um neue Töne aus der Tiefe heraufdringen zu lassen: eine Friedensmelodie, wie sie die Menschheit noch nie gehört hatte . . . Da ging der Mensch der Wahrheit an den Schrank und nahm die Flügel des Christkindes heraus.

„Nun bist du unser“, sagte er leise; „denn du kannst uns nicht mehr entfliegen, Liebe!“

Aber wie er die Flügel zärtlich streichelte, siehe, da war es ihm, als ob seinem Herzen, seinen Gedanken, seinem Willen mächtige Flügel wuchsen und ihn hoben, hoch empor — in eine reinere Zukunft.

Ein Blumenmädchen erzählt

„Ein Sträußchen gefällig?“

— — — „Ob man vom Blumenverkauf leben kann? Nun, schlecht und recht und was man so leben nennt.“

— — — „Nein, viel verdient man nicht. Wenn man so sechs bis acht Stunden treppauf treppab gelaufen ist, hat man drei Mark Kasse; wenn es hoch kommt, vier Mark. Für die Blumen selbst gibt man eine bis eineinhalb Mark, eirige Pfennige für Draht oder Garn zum Zusammenhalten.“

— — — „Mit dem Treppenlaufen ist es nicht getan, die Sträuße wollen auch zusammengestellt und gebunden werden. Das ist auch jeden morgen über eine Stunde.“

— — — „Größere Sträuße gehen hier nicht, mehr als zwanzig Pfennig dürfen sie in dieser Gegend nicht kosten. Man ist schon froh, wenn man hier im Arbeiterviertel verkauft.“

— — — „Fünfundzwanzig bis fünfunddreißig Kunden müssen jeden Tag gefunden werden, darum ist es nicht gut, sich beim Verkauf lange aufzuhalten.“

— — — „Nicht in jedem Hause findet

man Käufer; mitunter ist in drei bis vier Häusern hintereinander nichts zu machen.“

— — — „Im Westen würde vielleicht an dem einzelnen Strauß mehr verdient; aber dort ist auch die Konkurrenz größer und die Kunden werden immer weniger.“

— — — „Ach, was sich Mittelstand nennt, zieht in die Vororte, weil es sich da billiger wohnt, und die Reichen kaufen nicht von uns, allenfalls die Dienstmädchen und Portierleute. Da darf der Strauß auch nicht mehr kosten.“

— — — „Ja, manchmal hat man Freude am Blumenverkaufen. Wenn der Absatz gut ist, oder wenn es zu sehen ist, daß die Blumen Freude machen. Aber manchmal ist es zum Verzweifeln. Einmal habe ich in acht Tagen zehn Mark Kasse gemacht und vier-einhalb Mark für Blumen ausgegeben.“

— — — „Nein, einen Gewerbeschein babe ich nicht.“

— — — „Doch, es ist wohl gefährlich, aber bei der heutigen Not fragt selten jemand danach.“

— — — „Es kommt nicht oft vor, daß ich den halben oder ganzen Korb voll auf einmal

verkaufe. Aber dann sind es meist Herren, die weniger die Blumen kaufen wollen

— — — „Nun, vor drei Wochen etwa kaufte mir in den Nachmittagsstunden ein älterer Herr den ganzen Rest ab. Ich sollte aber die Blumen in den Vasen im Zimmer ordnen. Er bekäme Besuch und verstände nicht viel von Blumen. Als ich fertig war und mein Geld verlangte, fragte er mich, ob ich sein Besuch sein wollte; als ich ablehnte, wurde er frech und faßte mich an. Erst als ich ihm den leeren Korb ins Gesicht schlug, war er so verlegen, daß ich gehen konnte. Jetzt hatte ich weder Geld noch Blumen. Da muß man vorsichtig sein.“

— — — „Sonntags verkaufe ich auch. In Restaurants und Vergnügungslokalen. Aber das ist viel schwerer. Wenn es nicht um das Geld wäre, würde ich es nicht tun; denn es ist oft sehr häßlich.“

— — — „Man muß sich immer hindurchwinden zwischen den mürrischen Wirten und den Anzüglichkeiten vieler Gäste. Die einen glauben, man nimmt den Verdienst weg und die andern meinen, ein armes Blumenmädchen ist vogelfrei — — —“

Irmgard Biewald.

Kleines Feuilleton

Wallenstein-Briefe dechiffriert

Im Archiv des Prager Innenministeriums ist es gelungen, eine Reihe für die Geschichte Wallensteins wertvoller Briefe zu entziffern, die bisher, weil chiffriert und in sehr willkürlicher Rechtschreibung abgefaßt, der Forschung unzugänglich gewesen waren. Die meisten stammen von Kaiser Ferdinand II., von Maximilian von Bayern und Tilly, sämtliche gehören den Jahren 1625/26 an (Beginn des dänisch-niederschlesischen Krieges). Sie sollen mit anderen Dokumenten 1934 zum 300. Todestag Wallensteins erscheinen.

„Hotel Amerika“

ist der Titel des Reportage-Romans von Maria Leitner, mit dessen Veröffentlichung in der „SAZ“ wir morgen beginnen.

Der Vatikan entscheidet

Von Mario Alberto.

Der folgende Artikel geht uns von einem italienischen Emigranten zu, der seit längerer Zeit in Deutschland lebt. Seine Ausführungen gewinnen besonderes Gewicht zu einer Zeit, wo der Prälat Kaas aus Rom kommt und Hitler sich zur Reise dorthin rüstet. Durch die Beleuchtung der Entwicklung in Italien werden wohl auch die Worte des Reichskanzlers Brüning, die er bei seiner Rundfunkrede gegen den Nationalsozialismus richtete, in ein klareres Licht gesetzt, in ihrer Bedeutung auf das richtige Maß reduziert. Nichts wäre verkehrter, als in ihnen etwa eine grundsätzliche Absage an Hitler und seine Hakenkreuzpartei zu sehen.

Die Redaktion der SAZ.

In der bürgerlichen Presse wird großes Rätselraten veranstaltet, ob das Zentrum mit Hitler gehen kann oder nicht. Die Entscheidung darüber liegt freilich nicht, wie manche meinen, bei Herrn Brüning, die letzte Entscheidung wird nicht in Deutschland fallen. Alle Parteien mit hochtonendem Namen, wie in Frankreich die Demokraten, in Oesterreich die Christlich-Sozialen, in Deutschland das Zentrum und die Popolari (Volkspartei) in Italien, stehen unter der Obhut des Vatikans, der jeweilige Nuntius des Landes befiehlt, wie diese Parteien sich zu verhalten haben. — Warum soll also das Zentrum nicht mit Hitler zusammengehen, wo doch der Papst in Italien den Faschismus hochhält und in den Kirchen segnen läßt? Ein Paragraph des Konkordats befiehlt ja jeden Sonntag eine Messe für die Gesundheit des Königs und Mussolini zu halten. — Das Beispiel Italiens ist für uns sehr lehrreich. Der Papst gründete nach dem Kriege sofort die Partei der „Popolari“ als Wall gegen das Echo der russischen Revolution, die Folgen des Elends der italienischen Bauern und die große Entwicklung des italienischen Sozialismus. Das Haupt der Popolari, Professor Sturzo, ein Geistlicher, heute als Flüchtling im Auslande lebend, organisierte eine große Bewegung, die 1919 bei den Wahlen des Parlaments 106 Deputierte aufstellte, konnte, sowie 20 Prozent der Wähler erfaßte. Seitdem waren die Popolari in sämtlichen Kabinetten der Liberalen und Demokraten zu finden, bis zu dem Tage des Marsches auf Rom, im Oktober 1922. Bei einer Partei, gebildet aus mindestens 70 Prozent Arbeiter und Bauern, ging es natürlich nicht ohne Zusammenstöße und Kämpfe ab. In vielen Provinzen Oberitaliens, wie Cremona, Mantua usw. rissen diese Bauern und Arbeiter die Gewalt an sich, besetzten die Güter usw., so daß die sozialistischen Aktionen ein Kinderspiel dagegen waren. Das Haupt der Bewegung, Miglioli, trug seinen Leuten als Symbol der Partei eine weiße Fahne voran. Sie war der Schrecken der Agrarier; die Popolari wurden „Weiße Bolschewisten“ genannt. Bei den Fabrikbesetzungen schlossen sich die Popolari-Arbeiter an die sozialistisch-kommunistische Arbeiterschaft an.

Der Vatikan duldet diese extremistischen Aktionen der Bauern und Arbeiter, da er noch nicht wußte, wohin der Sieg sich neigen würde. Zu gleicher Zeit aber verbanden sich die Minister der Popolari im Parlament mit Giolitti und Bonomi, die dem Faschismus die Waffen in die Hand lieferten. Nach dem Marsch auf Rom traten die Popolari mit allen anderen Demokraten, außer der Gruppe Nittis, in das Mussolini-Kabinet ein und blieben von November 1922 bis Anfang 1924 an der Regierung. In dieser Zeit steigt immer mehr die Macht Mussolinis, seine Handlungen werden immer unsozialer, inhumaner und antiproletarischer.

In Dezember 1922 entstand in Turin ein Streit zwischen Passanten und Faschisten aus unpolitischen Gründen, worauf der faschistische Sturmführer De Vecchi sofort eine Strafexpedition in den Arbeitervierteln anordnete. Circa 25 Personen wurden barbarisch getötet, mit Dolch und Knütteln niedergemacht oder in den Po geworfen. Die ganze Stadt flammt vor Empörung, auch ein großer Teil der Faschisten verdammt dieses Vorgehen und deren Sekretär, Mario Gioda, sendet sogar einen Kranz roter Blumen an das Massengrab. — Da der Skandal zu offenkundig ist, versetzt Mussolini De Vecchi als einzig Verantwortlichen für dieses Gemetzel als Gouverneur nach Somaglia, wo er weitere Schandtaten verübte. Nach seiner Rückkehr wurde De Vecchi Senator und heute ist er der Gesandte Italiens am Vatikan.

In Argentinien (Ferrara) wurde 1923 der Priester Don Minzoni, Führer der Bauernsyndikate, von einer Bande Faschisten überfallen. Man fand ihn tot auf der Erde, fast unkenntlich, sein Hirn an der Wand verspritzt. Eine Strafexpedition folgte der anderen, Totschläge, Verabreichung von Rizinus, Niederbrennung der Volkshäuser usw. Doch die Minister der Popolari verhalten sich ganz indifferent. Sie stimmen für alle „Notgesetze“ des Terrors.

Erst nach 1½-jähriger Tolerierung demissionieren die Minister der Popolari und gehen endlich nach der Ermordung Matteottis, Juni 1925, zur Opposition über.

Am 31. Oktober 1926 verübt der 16-jährige Anarchist Zamboni in Bologna erfolglos ein Attentat auf Mussolini. Ausnahme-gesetze lösen sämtliche Parteien auf, alle Deputierten der Opposition werden gefangen genommen, es wurde das „Tribunale speciale“, das Sondergericht, gegründet und die Todesstrafe wieder

Wie werden die Mieten gesenkt?

Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung

Die Ausführungsbestimmungen verpflichten zunächst sämtliche Vermieter — ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Alt- oder Neubauten handelt —

den Mieten unverzüglich die Mietshöhe mitzuteilen,

die sie ab 1. Januar zu zahlen haben.

Soweit für Neubauten noch Unklarheiten über die zukünftige Mietshöhe bestehen, weil sich die Zinssenkung für die Hypotheken noch nicht berechnen läßt, haben die Vermieter dem Mieter eine vorläufige Mitteilung über die im Januar zu zahlende Miete zu machen. Spätestens bis zum 25. Januar ist dann die endgültige Mietshöhe festzulegen. — Die

Anrechnung bereits früher erfolgter Mietsenkungen

auf die generelle Senkung von 10 Prozent der Friedensmiete darf nicht erfolgen, wenn diese frühere Senkung auf einer Neuberechnung der Friedensmiete beruht oder durch die Mietswucherbestimmungen erzielt wurde. In solchen Fällen muß also die

volle Senkung um 10 Prozent der Friedensmiete in Altbauten

eintreten, in Neubauten der

volle Ertrag der Zinssenkungen den Mietern zugutekommen.

Streitigkeiten,

die sich aus der Mietsberechnung ergeben, entscheidet bei Altbauten das Mietseignungsamt, bei Neubauten besondere Stellen, die von den Ländern bestimmt werden und die mit den Verhältnissen der Neubauten besonders vertraut sind.

Die

Berechnung der Mietsenkung bei Neubauten

soll in der Weise vorgenommen werden, daß der Vermieter zunächst errechnet, in welchem Umfang er durch die Zinssenkung für seine Hypotheken entlastet wird.

Diese gesamte Entlastung ist dann von der Gesamtmiete des Gebäudes in Abzug zu bringen und anteilig auf die einzelnen Wohnungen und sonstigen Räume zu verteilen. Dabei werden Wohnungen, die leerstehen oder Wohnungen, die der Vermieter selbst bewohnt, mit in die Verteilung der Entlastung einbezogen.

Heizungskosten und sonstige Nebenkosten

bleiben, soweit sie auf Sonderberechnungen beruhen, von dieser Verteilung der Entlastung unberührt; soweit sie im Mietzins enthalten sind, werden sie durch die anteilige Senkung der Mieten gleichmäßig herabgesetzt.

Bei

Arbeitgeber-Wohnungen der öffentlichen Hand

war seinerzeit eine Friedensmiete festgesetzt und der endgültige Mietzins in Prozenten dieser Friedensmiete errechnet worden. Bei solchen Wohnungen tritt, obgleich eine Friedensmiete formell existiert, nicht die zehnprozentige Mietsenkung der Altbauten ein, sondern, da es sich um Neubauten handelt, eine Senkung entsprechend der Entlastung, die durch die Zinssherabsetzung erzielt wird.

Gemeinnützige Wohnungsunternehmen

haben die Zinsentlastung zu benutzen, um eine möglichst weitgehende Angleichung der Mieten in den in verschiedenen Bauperioden errichteten Gebäuden herbeizuführen.

Die Länderregierungen erhalten Vollmacht zum Erlass eigener Durchführungsbestimmungen; ebenso werden noch Durchführungsbestimmungen über die Zinssherabsetzung folgen. Unklar bleibt auch noch der Begriff der

Friedensmiete,

wofür die einzelnen Länder ebenfalls noch besondere Leitlinien geben sollen. Ebenso sind die Beratungen über das

Kündigungsrecht

noch nicht abgeschlossen.

Die SPD-Presse zum Fraktionsbeschuß

Nahezu ausnahmslos stimmt die Provinzpresse der SPD dem Beschuß der Fraktion zu. Sie verzichtet darauf, diesen Beschuß selbst zu kommentieren und bringt kritiklos den Rechtfertigungsartikel des Pressedienstes, so auch die „linke“ Chemnitz-„Volkstimme“.

Das „Hamburger Echo“ hält sogar noch eine besondere Verteidigung der Fraktion für notwendig. Unter der Überschrift „Klarer Kurs!“ schreibt sie:

„Die Entschließung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zieht mit rückwärtsloser Konsequenz (!) die Folgerungen aus der politischen und wirtschaftlichen Gesamtsituation, wie sie sich nach dem Erlass der vierten Notverordnung darstellt... Es erübrigt sich, noch einmal alle Einzelheiten des Für und Wider aufzuzählen. Die Entscheidung der Reichstagsfraktion zieht die Schlussfolgerungen, die unter Würdigung der gesamten politischen Lage zu treffen sind.“

Etwas Besonderes leistet sich die „Plauer Volkszeitung“. Sie bringt das Kunststück fertig, Vorteile für die Arbeiterschaft aus der Notverordnung herauszurechnen. Sie bringt eine Lohnstatistik, aus der sich ergibt, daß nach dem Stande vom 10. Januar 1927 einzelne Arbeiterkategorien eine Lohnerhöhung zu erwarten hätten, so die gelernten Handwerker in der Kammgarnspinnerei. Insgesamt wird für die Kammgarnspinnerei festgestellt, daß „bei diesen Branchen mit einer Kürzung von durchschnittlich nur etwa einem Prozent“ zu rechnen sei.

Die einzige rühmliche Ausnahme in der gesamten SPD-Presse macht die „Ostthüringer Tribune“, Gera. Sie legt immerhin — wenn auch in vorsichtiger Form — dar, daß diese Politik in die Sackgasse führen muß.

In der Fraktion soll angeblich eine Minderheit von etwa 30 Stimmen gegen den Beschuß vorhanden gewesen sein. Aber das Echo der Presse spricht keineswegs für eine wirkliche Opposition in der SPD.

Im Hintergrund die blutige Internationale

Moskau, 16. Dezember.

Nach einer russischen Meldung aus Tokio hat das japanische Kriegsministerium bei Schneider-Creuzot schwere Artillerie bestellt. Die Japaner sollen besondere Geschütze, die auf 12 Kilometer schießen, bestellt haben. Der Auftrag beläuft sich auf mehrere Millionen.

Lohnkürzung in der englischen Handelsmarine. Auf einer Versammlung des Landesausschusses für Schifffahrt wurde am Dienstag eine Kürzung der Gehälter der Schiffsoffiziere der englischen Handelsmarine beschlossen.

eingeführt. Der Sekretär der Popolari, De Gasperi, wird nach Livari auf 5 Jahre verbannt, es folgen ihm viele Parteiführer, Priester und sogar ein Bischof. — Trotz dieser Vergewaltigung der nächsten Gefolgschaft scheute sich der Vatikan nicht, ein Bündnis mit Mussolini einzugehen, schließt er ein Konkordat mit dem „Duce“ ab, das den Faschismus schützt, erklärt er Mussolini als den Retter Italiens, gesandt von der göttlichen Vorsehung. Der Papst empfängt 2 Milliarden aus diesen blutigen Händen und überläßt seine früheren Anhänger ihrem Schicksal.

Nach diesem berühmten Muster werden, so ist meine Ueberzeugung, auch die deutschen Faschisten die anderen Parteien als Trittleiter benutzen, um legal in die Regierungssessel zu steigen. Haben sie erst die Macht, wird die Devise ausgegeben: „Mit oder gegen uns“. Und für Rebellen gibt es ein probates Mittel: „Köpfe rollen“.

Terror in aller Öffentlichkeit

Als der frühere Reichsminister des Innern, Dr. Wirth, in der Nacht zum Dienstag das Restaurant „Münchener Hofbräu“ am Anhalter Bahnhof betrat, wurde er von einer dort sitzenden Gruppe junger Leute erkannt und mit Bezug auf seine politische Tätigkeit durch Zurufe belästigt. Er trat auf den Tisch zu und verbat sich dies, worauf mehrere der jungen Leute Miene machten, auf ihn einzudringen. Als ein Schutzmann herbeigerufen wurde, verließen sie das Lokal, ohne daß es gelang, ihre Namen festzustellen.

Wir haben mit Herrn Dr. Josef Wirth und seiner Politik ganz gewiß nichts zu tun. Aber daß jetzt schon auf offener Straße, in öffentlichen Lokalen Terror ausgeübt werden kann, ohne daß es jemals „gelingt“, die Namen der Täter festzustellen, ist ein drohendes Zeichen, wie weit die faschistische Entwicklung schon fortgeschritten ist. Die SAP darf keine Mitgliederversammlung mehr abhalten, — aber faschistische Lausbuben, die in aller Öffentlichkeit Terror ausüben, sind „nicht festzustellen“. Das ist Severings „Ordnungs“-Preußen.

Reichstag verdirbt das Weihnachtsgeschäft!

Unter den vielen Gründen, die die SPD zur Rechtfertigung ihres Beschlusses, die Reichstagsferien nicht zu verlangen, anführt, findet sich in dem Leitartikel des „Vorwärts“ einer, für dessen Wiedergabe wir eigentlich eine Witzecke in der SAZ einrichten müßten.

„So werden z. B.“, meint das Zentralorgan der SPD, „die meisten Geschäftsleute der Meinung sein, dieser Reichstag könnte ihnen durch seinen Zusammentritt höchstens das bißchen Weihnachtsgeschäft verderben, aber sonst könne er nichts!“

Nun wissen wir: wenn die Weihnachtsbäume brennen, muß die Sozialdemokratie den Reichstag zu Hause lassen (zum Schutz des Parlamentarismus!) Hoffentlich kollidiert die Februar-Tagung nicht mit den Osterferien.

Franz Künstler und die Tolerierung

Nach dem Bericht des „Vorwärts“ hat der Vorsitzende des Bezirksverbandes Berlin der SPD, Franz Künstler, in einer Mitgliederversammlung in Reinickendorf ausgeführt: „Die bisherige Taktik der Fraktion hat sich im Hinblick auf Harzburg und Braunschweig als richtig erwiesen“. Wir wollen nicht mit Künstler darüber streiten, ob das stete Anwachsen der Harzburg- und Braunschweigfront eine Bestätigung für die Richtigkeit der sozialdemokratischen Taktik ist. Interessant an seinen Ausführungen ist aber, daß, wie er selbst in der Versammlung berichtete, der Berliner Bezirksvorstand einschließlich der Kreisleiter die Notverordnung für untragbar erklärt hätte.

Wenn die Vertretung der Mitgliedschaft einen klaren Beschuß auf Ablehnung der Notverordnung gefaßt hat — sie zu tolerieren und die Tolerierung dann mit falschen Argumenten zu verteidigen — das ist die höhere Form der Disziplin, für die wir kein Verständnis haben, und ein großer Teil der sozialdemokratischen Mitglieder, um deren Lebensinteressen sich handelt, wahrscheinlich auch nicht.

Reichsbanner in „Kümmernis und Dunkelheit“

Das Reichsbanner Schwarz-rot-gold hat endlich die passende Parole gefunden. In Hamburg fand eine Versammlung statt, über die das „Hamburger Echo“ in großer Aufmachung berichtet. Am Schluß des schwungvollen Berichtes heißt es:

„Der gemeinsame Ruf ist ein gewaltiger Schwur, der ausklingt in dem gemeinsamen Gesang des republikanischen Kampfliedes, In Kümmernis und Dunkelheit!“

In „Kümmernis und Dunkelheit“ — das ist die richtige Parole für die Kampftruppe der deutschen Republik. Steht das vielleicht in gewissem Zusammenhang mit den „widerholten Krankheitsanfällen“, von denen der Reichsbannergeneral Hörsing nach dem Bericht des „Vorwärts“ „leider wiederholt heimge sucht wurde“?

Von der Lügenfront

Zwickauer „Volksblatt“ wirbt Inserate

Das „Sächsische Volksblatt“ versendet an seine Werber und Funktionäre ein Rundschreiben, in dem es sich bitterlich über die Konkurrenz beschwert, die die SAZ ihm macht. Es gibt seinen Vertrauensleuten die knappe, aber klare Anweisung, alle Angaben der SAZ-Werber als „faustdicke Lügen“ zu bezeichnen. Während aber bisher in der Öffentlichkeit immer behauptet wurde, das „Volksblatt“ habe seit der Spaltung keinerlei Abonnentenrückgang erlitten, heißt es in diesem Rundschreiben:

„Bei Werbung von Inseraten kann den Geschäftsleuten gegenüber zum Ausdruck gebracht werden, daß zwar die Zahl der Abonnenten einen kleinen Rückgang (!) erleben kann, daß die Zahl der Leser aber gleich groß bleibt.“

Wenn schon bei der Inseratenwerbung der Rückgang zugegeben werden muß, kann man sich vorstellen, wie groß er in Wirklichkeit sein muß. Natürlich wird er nur auf das Konto der Wirtschaftskrise geschoben. Merkwürdig nur, daß die Wirtschaftskrise, die seit mehr als zwei Jahren ununterbrochen herrscht, erst im Oktober dieses Jahres nach Zwickau und in die Bosenstraße gedrungen ist. Ein wirtschaftstheoretisch seltsamer und noch nicht ganz geklärt Zusammenhang, daß sie sich dort an dem Tage auszuwirken be-

gann, an dem Max Seydewitz aus der Chefredaktion des „Volksblattes“ herausgeworfen wurde!

*

Die Plauer Volkszeitung überbietet sich selbst in Verdrehungskünsten. Wir haben vor einiger Zeit auf den Widerspruch hingewiesen, der darin besteht, uns einerseits als halb- oder dreiviertel tot zu melden und uns andererseits täglich aus vollen Schläuchen mit duftendem Kakao zu begießen. Wir meinten, daß man im allgemeinen einen Sterbenden auf dem Todeslager nicht mehr zu beschimpfen braucht.

Länger als 14 Tage hat die Volkszeitung gebraucht, um den richtigen Dreh zu finden. Was macht sie dann daraus? Am 12. Dezember schreibt sie:

„Die SAZ jammert herzerbrechend: da werden wir nun doch endlich auch verlangen können, daß man uns in Ruhe sterben läßt. Schmerzlich, was? Einige Wochen sachlicher Abwehr, und schon winseln die Parteispalter um Ruhe für ihr Sterbeständchen.“

Unsere Leser werden selbst entscheiden können, ob sie un. schon einmal winseln hörten. Wir meinen, solche Verdrehungskunststücke richten sich und ihre Verfasser selbst.

